

# Lübecker Volksbote

Tagzeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 268.

Mittwoch, 15. November 1922.

29. Jahrgang.

## Rücktritt des Reichskabinetts.

### Die Sozialdemokratie lehnt die große Koalition endgültig ab.

SPD. Berlin, 14. Novbr., abends 9 1/2 Uhr.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß mit übergroßer Mehrheit, die Beteiligung an der Bildung der großen Koalition abzulehnen.

Berlin, 15. November.

Nachdem dieser Beschluß der Sozialdemokratischen Fraktion mitgeteilt worden war, beschloß die Reichsregierung dem Reichspräsidenten ihre Demission zu überreichen.

Diese Entscheidung unserer Reichstagsfraktion wurde nach langwierigen unerquicklichen Verhandlungen, die im Laufe des Dienstags fortgesetzt zwischen Regierung, Arbeitsgemeinschaft und Sozialdemokratie sowie zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei stattfanden, gefaßt. In der Beratung, die von unserer Seite mit der Volkspartei in Anwesenheit des Reichskanzlers erfolgte, die aber auch noch nicht einmal zur Möglichkeit der Bildung einer großen Koalition führte, forderte Dr. Wirth von der Sozialdemokratie noch am Abend eine klare Entscheidung dahin, ob die Fraktion bereit ist, mit der Volkspartei in Zukunft in einer Regierung zusammenzuarbeiten oder nicht?

Der Beschluß der Fraktion wurde wesentlich durch die inkonsequente Stellungnahme beeinträchtigt, die gerade Dr. Wirth im Verlaufe der ganzen Verhandlung eingenommen hat. Wirth, der überreicht ist durch die bereits über ein Jahr dauernde Geschäftsführung, zeigte während der letzten Tage immer mehr, daß er nicht mehr der richtige Mann am Platze ist. Statt Konsequenz gab er mannigfache Beweise der Inkonsequenz, die für einen Kanzler, der einem Millionenvolk vorsteht, nicht möglich sein dürfen.

Die Folge der Entwicklung im Laufe des Dienstags ist der Rücktritt der Regierung Wirth. Was an ihre Stelle treten soll, ist vorläufig noch unbestimmt. Der Reichskanzler, der sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen bereit findet, die Neubildung einer Regierung zu übernehmen, muß viel Opfermut mitbringen. Wo aber ist der Mann, der diesen Opfermut besitzt?

Es mag sein, daß schon in wenigen Tagen die alte Regierung unter anderer Führung die bisherige Politik offiziell fortsetzt. Es kann aber auch sein, daß wir eine wochenlange

Krise durchleben, die sich nicht nur auf das Reich beschränken wird, sondern auch auf Preußen ausdehnen kann. Der Fraktionsvorsitzende der Volkspartei des Preussischen Landtages hat dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun keinen Fehlschritt daraus gemacht, daß er sich den Austritt der völksparteilichen Mitglieder aus der preussischen Regierung vorbehält, wenn die große Koalition im Reich nicht zustande kommt.

Abends 10 Uhr trat das Reichskabinetts zusammen, um seinen endgültigen Rücktritt zu beschließen.

### Wirth erklärt.

#### Der Gedanke der großen Koalition lebt weiter.

Berlin, 15. November.

Reichskanzler Dr. Wirth empfing gestern spät abends im Reichstag die Vertreter der Presse. Er machte ihnen Mitteilung davon, daß das Kabinetts demissioniert habe und gab eine Darlegung von der Entwicklung der Kabinettskrise. Im einzelnen führt der Reichskanzler aus:

Ich war zunächst für ein Kabinetts der wirtschaftlichen Konzentration, bin aber durch die Forderungen des Zentrums auf die große Koalition, der ich mich anschloß, auf einen anderen Weg gedrängt worden. Die Sozialdemokraten haben die große Koalition abgelehnt und dadurch ist der Rücktritt der Regierung notwendig geworden. Die Tatsache und der Gedanke der großen Koalition lebt weiter. Sie sind ja bereits verwirklicht, durch die Zustimmung aller in Frage kommenden Parteien zur letzten Note an den Präsidenten Poincaré, was nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung die große Koalition bedeutet. Alle Besprechungen sind gemeinsam erfolgt. In meiner ganzen parlamentarischen Praxis habe ich eine solche Einigkeit, wie bei der Behandlung dieser Angelegenheit, noch nicht erlebt. Die Sozialdemokratie hat als Gründe für ihre ablehnende Haltung die Reden von Hugo Stinnes im Reichswirtschaftsrat und von Lersners im Auswärtigen Ausschuss angegeben. Diese Gründe können aber nicht auf die Dauer maßgebend sein. Der Gedanke der großen Koalition ist und kann jedenfalls nicht erledigt sein. Allerdings mußte die Regierung jetzt zurücktreten. Es muß Aufgabe des neuen Kabinetts sein, diejenigen neuen Ergänzungen, die ich angestrebt habe, in die Tat umzusetzen.

## Der neue Reparationsvorschlag.

SPD. Berlin, 14. November.

Die neuen Vorschläge der Reichsregierung an die Reparationskommission sind zweifellos die besten und präzisesten Vorschläge, die jemals zur Regelung des Reparationsproblems gemacht worden sind. Selbstverständlich gehen sie aus von der Frage der Stabilisierung der Mark. Denn so viel steht fest, daß ohne einen festen Markkurs die Leistungsfähigkeit Deutschlands für die Reparationen überhaupt niemals wiederhergestellt werden kann. Sie verlangt zu dem Zweck ein Moratorium. Dieses unterscheidet sich aber von allen bisher gestellten Gesuchen grundsätzlich in einem Punkt: Es ist nämlich kein absolutes Moratorium, das hier verlangt wird, sondern ein bedingtes. Bereits in der Zeit, wo die Stützungsaktion für die Mark läuft, während Deutschland unbedingte Ruhe für seine Finanzen braucht, sollen zunächst die Sachleistungen, soweit sie zum Wiederaufbau selbst erforderlich sind, aufrecht erhalten werden, wenn sie aus laufenden Einnahmen oder inneren Anleihen gedeckt werden können. Aber auch Barleistungen bleiben unter der Voraussetzung nicht ausgeschlossen, daß es möglich ist, deutsche und ausländische Anleihen aufzunehmen. Der Ertrag deutscher Anleihen soll zur Hälfte, der Ertrag ausländischer Anleihen vollständig zur Abdeckung der Reparationsleistungen verwandt werden. Hier wird also ausdrücklich die Möglichkeit offen gehalten, auf dem Wege der Anleihe auch in der Zeit des Moratoriums den Friedensvertrag, soweit als es irgend möglich ist, zu erfüllen.

Im Lichte dieser einschränkenden Bedingungen erscheinen das Moratoriumsgesuch und die Forderung nach einer Stützungsaktion der Mark doppelt begründet. Vorgelesen wird hier zunächst eine vorläufige Stabilisierung, zu der die Reichsbank

500 Millionen Goldmark

zur Verfügung zu stellen hat, während weitere 500 Millionen durch ein internationales Finanzkonsortium aufgebracht werden sollen. Die Garantien für diese Anleihe wären durch Einnahmen des Reiches zu schaffen, die die Reparationskommission für diesen Zweck von jeder Beschlagnahme freistellt. Mit der Milliarde Goldmark, die so aufkommt, sollen im Ausland Markbeträge angekauft werden, wodurch der Kurs der Mark zum Stillstand kommt. Das Reich beabsichtigt dann weiter, eine äußere Goldanleihe aufzunehmen und erklärt sich ferner bereit, auch auswärtige Anleihen aufzunehmen. Schließlich werden umfassende Maßnahmen vorgeschlagen, die die staatsfinanzielle und wirtschaftliche Basis für die Befestigung der Mark bringen sollen. Zunächst soll das Gleichgewicht im Haushalt hergestellt werden und, sobald das geschehen ist, Anleihen nur noch für werbende Zwecke aufgenommen werden. Für die Durchführung der Sparmaßnahmen in den Reichsbehörden werden die einzelnen Wege aufgezeigt. Schließlich deutet man auch die Wege an, auf denen sich die Produktionspolitik des Reiches bewegen soll, deren Ziel die Förderung der Produktion und der Ausgleich der Handelsbilanz ist. Hier ist ein wunder Punkt: die Neuregelung des Arbeitstages. Aber auch hier stellt man sich von vornherein auf den Boden des Achtstundentages als Normalarbeitstag, will jedoch gesetzlich begrenzte Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege zulassen, um die Produktion steigern zu können, ferner auch Maßnahmen zur Heranbildung von Qualitätsarbeitern begünstigen, den Luxusverbrauch einschränken und den Alkoholverbrauch vermindern. Mit dem Augenblick einer Stabilisierung der Mark könnte dann auch die Zwangsbewirtschaftung für Brotgetreide abgebaut werden. Eine weitere Bedingung für den Erfolg der Maßnahmen ist die Aufhebung aller Beschränkungen, die das Ausland gegen die deutsche Einfuhr verhängt hat. Auch diese Forderung ist eine Selbstverständlichkeit im Rahmen des Gesamtprogramms.

Daß die umfassenden Maßnahmen, die man hier vorschlägt, zur Voraussetzung haben, daß nun auch endlich die Reparationsschuld sobald wie möglich für die Dauer festgelegt werde, ist nur ein Wunsch der Billigkeit, denn eine dauernde Stabilisierung der Mark ist nur dann möglich, wenn die Unsicherheit, die über den deutschen Finanzen und der Wirtschaft steht, einer dauernden und der deutschen Leistungsfähigkeit entsprechenden Regelung der Reparations-schuld Platz macht. Hier haben wir endlich ein Wirtschafts- und Produktionsprogramm, das wirklich die Grundlage zur Markstabilisierung bilden kann und das nur böser Wille des Auslandes ablehnen könnte. Das Gesuch um das Moratorium ist zugleich ein Dokument des Erfüllungswillens. Es bringt alle Einzelheiten, die die Förderung der deutschen Leistungsfähigkeit erforderlich macht und schreckt selbst nicht zurück, endlich einmal ein umfassendes Programm zur Steigerung der Produktion aufzustellen. Bedenklich ist freilich dabei, daß man die Lockerung des Achtstundentages andeuten muß. Hier wird es Sache der gewerkschaftlichen Verbände sein, dafür zu sorgen, daß, wo es notwendig ist, sie nur unter bestimmten Sicherungen erfolgt. Vor allem muß verhindert werden, daß die Sachleistungen und eine etwaige Mehrarbeit, wie wir das ja heute bereits im Bergbau ha-

## Um Konstantinopel.

London, 14. November.

Infolge des definitiven französischen Versprechens einer Beteiligung französischer Truppen an der Abwehr, falls die Türken die Alliierten in Konstantinopel angreifen sollten, verminderte sich die englisch-französische Spannung etwas. Die englische Regierung besteht aber darauf, nicht nach Lausanne gehen zu können ohne vorherige feste Verständigung über die dort zu befolgende gemeinsame Politik.

Die Situation in Konstantinopel bleibt hochkritisch.

## Die Orientkonferenz in London.

Mussolini geht nicht nach Lausanne.

Paris, 15. November.

Nachdem in den zwischen Paris und London geführten Verhandlungen in der Frage der Präliminarverhandlungen für die Orientkonferenz eine Einigung erfolgt ist, wird voraussichtlich eine französische Delegation sich am Mittwoch nach London begeben, um mit Lord Curzon die weitere Angelegenheit in der Orientfrage zu beraten. Mussolini hat den neuen italienischen Gesandten in Paris, Torella, beauftragt, sich auf dem schnellsten Wege in London einzufinden. Er wird sich am Freitag in einem Flugzeug nach Paris begeben. Der englischen und französischen Regierung hat Mussolini mitgeteilt, daß kein Verbleiben in Rom infolge der parlamentarischen Arbeiten notwendig sei und er daher nicht nach Lausanne kommen könne. Die italienische Delegation für Lausanne wird aber unter der Führung des jetzigen italienischen Vertreters in Konstantinopel, Senator Carone, gehen. Der zweite Delegierte ist der italienische Bevollmächtigte in Athen.

Nach einer römischen Meldung des „Petit Journal“ ist zwischen Mussolini und der französischen Regierung in der Orientfrage eine vollständige Uebereinstimmung erzielt worden.

## Der Dollar fällt!

### Angst vor der Stabilisierung der Mark.

SPD. Berlin, 14. November.

Die Erklärung der Reichsbank, daß sie bereit sei, 500 Millionen Goldmark aus ihren Beständen zur Stabilisierung der Mark zur Verfügung zu stellen, sowie die sich noch behauptenden Gerüchte über einen bevorstehenden Kabinettswechsel in Paris üben einen merklichen Druck auf die ausländischen Zahlungsmittel aus. Der Dollar wurde heute vormittag mit 7600 bis 7700, das heißt ungefähr auf der Parität des gestrigen New Yorker Schlusskurses für die Mark gehandelt. An der Börse trat ein stärkeres Angebot in Devisen und Noten hervor, während sich die bisherigen Käufer, insbesondere Industrie und Einfuhrhandel bisher zurückhaltend zeigten. Gegen mittag war der Dollar mit 7350 angeboten. Die Tendenz blieb weiter sinkend, man rechnet mit der Möglichkeit, daß durch diesen Rückschlag viel Material an ausländischen Zahlungsmitteln aus den Kreisen der Hamsterer herausgelockt wird.

Die Börse bleibt heute für den Effektenverkehr geschlossen. Immerhin zeigt sich eine stärkere Verkaufsbewegung. Es ist deshalb für morgen eher mit schwächeren Käufen zu rechnen. Bei den Banken häufen sich die Verkaufsbefehle aus den Kreisen der Rundschau, die durch die Schwankungen des Dollars ängstlich gemacht wurde und ihren Gewinn schleunigst in Sicherheit zu bringen sucht.

Dollar 7350.

den, einseitig dem Kapital zugute kommen. Aber das sind Fragen der praktischen Ausführung, die man nicht im Voraus entscheiden kann. Wir selbst hätten innerhalb dieses Programms noch mehr eine aktive Finanzpolitik gewünscht, die auf eine Steigerung der Einnahmen des Reichshaushalts hinwirken, insbesondere durch eine wirksame Belastung des Besitzes und durch eine schärfere Heranziehung der neuen Reichen, insbesondere der Landwirtschaft, zu Vermögenssteuern. Doch darüber zu reden ist wiederum eine Sache der Ausführung dieses prinzipiellen Programms. Denn es ist selbstverständlich, daß man, will man Anleihen für Reparationen oder andere Zwecke aufnehmen, auch dafür Deckung schaffen muß, und dann wird der Augenblick gekommen sein, wo man verschärfte Maßnahmen zur Heranziehung des Kapitals an die Reparationsleistungen fordern wird und muß.

## Reichstag.

266. Sitzung.

Dienstag, den 14. November, 2 Uhr nachm.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er mit uns in befreundeten Beziehungen stehender deutschen Republik den innigen und schmerzlichen Anteil des deutschen Volkes an dem schweren Schicksalsschlage verleiht, der das Land in Gestalt einer furchtbaren Erdbebenkatastrophe betroffen hat. Die Abgeordneten haben sich zum Zeichen des Einverständnisses mit den Worten des Präsidenten und zum Zeichen der Teilnahme an dem schweren Schicksal des deutschen Volkes an dem schweren Schicksalsschlage verleiht, der das Land in Gestalt einer furchtbaren Erdbebenkatastrophe betroffen hat. Die Abgeordneten haben sich zum Zeichen des Einverständnisses mit den Worten des Präsidenten und zum Zeichen der Teilnahme an dem schweren Schicksal des deutschen Volkes an dem schweren Schicksalsschlage verleiht, der das Land in Gestalt einer furchtbaren Erdbebenkatastrophe betroffen hat.

Auf der Tagesordnung stehen 25 kleine Anfragen. Auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei teilt die Regierung mit, daß die Einfuhr von Getreide in Auslandsgetreide durch die Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel im Rahmen des von der Reichsregierung genehmigten Einfuhrprogramms erfolgt. Die Anschaffung der erforderlichen Devisen erfolgt ausschließlich für die Reichsgetreidestelle und für die Einfuhrgesellschaft durch die Devisenbeschaffungsstelle und durch die Reichsbank. Provisionen werden von der Reichsgetreidestelle nicht bezogen. Verdarbenes Getreide ist nicht angeliefert. Alle der Reichsgetreidestelle entstandenen Schäden wurden durch die vom Verkäufer zu zahlende Vergütung gedeckt.

Auf eine andere deutschparteiliche Anfrage, die das in einer Verordnung des thüringischen Staatsministeriums zur Bekämpfung des Wuchers vorgesehene juristische Verfahren gegen die delinquenten Personen hemmelt, antwortet die Regierung, daß sie gegen dieses Verfahren einen Einwand nicht erheben könne.

Auf eine deutschnationale Anfrage wird erwidert, daß am 24. Oktober ds. J. noch 23 000 Tonnen Kleie in Mühlen und Lagern der Reichsgetreidestelle eingelagert waren, die aber, da nunmehr der Preis für die den Landwirten zustehende Kleiefeste, beschleunigt verteilt werde.

Auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei nach den Maßnahmen zur Abhilfe der bedrückten Lage vieler Arbeiter, antwortet ein Regierungsvertreter, die Reichsregierung sei um eine gesetzliche Regelung der Bemühungen der Werke zu den Kronenfasern bemüht.

Eine deutschnationale Anfrage, die sich mit dem bekannten Verbot des Hindenburg-Films beschäftigt, wird dahin beantwortet, daß die Regierung eine Aufhebung des Verbots nicht veranlassen könne.

Ueber die Tarifmaßnahmen der Reichsbahn erklärt ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums in Beantwortung einer deutschnationalen Anfrage, daß die Eisenbahn bestrebt sei, die Ausgaben des ordentlichen Haushalts unter allen Umständen durch dessen Einnahmen zu decken. Das führe natürlich dazu, daß die Tarife der Eisenbahnverwaltung angepaßt werden müssen. Auf die Einsparnis von Brennstoff werde dauernd hingewirkt, die Einführung eines Präzisionsverfahrens sei beabsichtigt. Eine Sonderbehandlung der valutarischen Ausländer sei weder im Personal noch im Güterverkehr möglich.

Abg. Aufhäuser (Soz.) fragt, was zur beschleunigten Erledigung der Anträge auf Anrechnung von außerplanmäßiger Dienstzeit auf das Verdienstverhältnis in einem anderen Zweige des Reichsdienstes getan werde. Die Regierung erwidert, daß fast bei allen Reichsbehörden die Forderung bereits besteht, daß lediglich bei den technischen Beamten der Verkehrsverwaltung eine Ausnahme bestehe, daß aber auch die Anträge dieser Beamten in letzter Zeit erledigt werden.

Auf eine andere Anfrage des Abg. Aufhäuser über die Erhöhung der Beiträge für die Unterstützung technischer Hilfskräfte der Eisenbahnverwaltung, die wegen Erreichung des 60. Lebensjahres entlassen worden sind, erwidert die Regierung, daß die regelmäßige Unterstützung von 9000 Mark vermindert wird, sobald der Reichstag die Nachtragsforderung bewilligt hat. Außerdem ist eine einmalige Unterstützung und ab 1. April 1923 eine weitere Erhöhung des Fonds für Unterstützungen in Aussicht genommen.

Abg. Künzler (Soz.) fragt die Reichsregierung, was sie gegen die Offiziere der Marineküle während der Dienstzeit zu tun gedenke, die das Ehrenkreuz und Löwenorden in der Marineküle getragen haben. Die Regierung erwidert, daß diese Offiziere, ebenso wie alle anderen, die politische Anwartschaft erlangen können, im Bereich der Marine verboten sind. Der in der Anfrage (und auch von uns) wiedergegebene Text weicht aber von dem in der Reichswehr bekannten wesentlich ab. In der Marineküle seien diese Offiziere nicht gelassen worden. Jahrelang hätten sie aber in früherer Zeit wiederholt gelassen. Gegen sie sei das weitere veranlaßt worden. Offiziere seien darauf nicht bewilligt gewesen.

Eine Anfrage des Abg. Cambach (D.) beantwortet die Regierung, daß sie im Einvernehmen der Landesregierungen schon seit längerer Zeit und jetzt wieder Maßnahmen getroffen habe, um den Leistungen für die Fremdenlegation mit wichtiger Schärfe entgegenzutreten.

Nach Mitteilung eines deutschnationalen Antrages auf Verlegung und Einberufung einer neuen Sitzung mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung, tritt das Haus in die Beratung der vom Reichsorganisationsausschuß eingebrachten

### neuen Geschäftsordnung

ein, über die Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) referiert. Der Reichsorganisationsausschuß wird in der neuen Geschäftsordnung zu einem amtlichen Organ gemacht. Kleine Anfragen müssen in Zukunft dem Präsidenten vorgelegt und von 30 Mitgliedern unterzeichnet sein. Die Reihenfolge der Reden bestimmt der Präsident, die Redezeit wird auf 15 Minuten begrenzt, und die Ordnungsbekanntmachungen erhalten eine wesentliche Verhäufung. Bei Verletzung der Ordnung kann ein Mitglied von der Sitzung ausgeschlossen sein und im Falle der Verletzung dieser Ordnung zu bestrafen, für acht bis zwanzig Sitzungen ausgeschlossen werden.

Abg. Düringer (D.) spricht als Vorsitzender der Geschäftsorganisationskommission allen Mitgliedern der Kommission den Dank für ihre Mitarbeit aus.

Abg. Löbe (Soz.) betont, daß auch er nicht als Redner einer Partei spreche, sondern von allgemeinen Gesichtspunkten aus, insbesondere für die Bekämpfung der Reden auf 15 Minuten Sympathien werben wolle. Die Verhandlungen von Reden, die innerhalb und außerhalb dieses Hauses gehalten werden, haben dem Leben des Parlaments außerordentlich geschadet. Die Wähler wünschen den Eindruck, daß hier eine Kasse mit unbestimmten Geldern kloppe, aber wenig Nützliches. (Sehr gut.) Die Reichsregierung trägt im Teil Schuld an der Verschlechterung

der Parlamente. Welcher Zweck wird eigentlich mit dem Halten von Reden verfolgt? Sie sollen den Zuhörer überzeugen, den Gegner widerlegen, die Haltung der Partei rechtfertigen und agitatorisch wirken. Der Fall, daß hier im Hause ein Zuhörer überzeugt worden ist, muß schon sehr lange zurückliegen (Große Heiterkeit), denn meist sind die Angehörigen der eigenen Partei schon überzeugt, und die, die überzeugt werden sollen, sind nicht da. Die Überlegung des Gegners wird sich in schneller Rede und Gegentreibe, die eine gewisse geistige Regsamkeit erzeugen, in ganz anderer Weise durchführen lassen, weil dadurch nicht nur der Gegner, sondern auch die Zuhörer gefesselt werden. Die Möglichkeit, mit Parlamentsreden agitatorische Erfolge zu erringen, hat wesentlich abgenommen, seit wir in Berlin allein einen Reichstag, einen Landtag, einen Reichswirtschaftsrat und daneben noch den Preussischen Staatsrat haben. Dazu kommen rund 40 Ausschüsse des Reichstages und 20 Ausschüsse des Preussischen Landtages. Es ist für die Presse eine Unmöglichkeit, alle die Reden, die in diesen Parlamenten und Ausschüssen gehalten werden, wiederzugeben. Es findet sich kein Leser, den das alles interessiert, zumal nicht nur von den verschiedenen Rednern einer Partei im Plenum immer wieder dieselben Reden gehalten werden, sondern in den Ausschussverhandlungen und im Plenum diese Reden immer wiederholt. Auch die gleichzeitige Behandlung von Interpellationen, die eine außenpolitische Wirkung beabsichtigen, im Reichstag und im Landtag, hat nicht zur Wiedergabe größeren Interesses beigetragen. Wollten wir radikal vorgehen, so müßten wir die Zahl der Parlamente und der Abgeordneten ebenso wie die Länge der Reden auf die Hälfte verkürzen. (Große Heiterkeit.) Zu solchen Maßnahmen sind wir aber auch nicht zulänglich, oder wir werden sie nicht auf einmal durchführen können. Es ist nicht nötig, daß hier unbedingt wiederholt werden muß, was ein Redner kürz vorher gesagt oder was in vielen Zeitungen vorher gestanden hat. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Konzentration wird unsere Arbeit und das Interesse des Landes an ihnen fördern. Die Bekämpfung der Rederei ist keine absolute. Für gewisse grobe politische Debatten werden ausdrücklich für alle Parteien Ausnahmsentscheidungen zustimmen, werden wir das Interesse des Parlaments wahren, aber auch das unserer Wähler, die nicht lange Reden, sondern durchgreifende Beschlüsse verlangen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) begrüßt die Klarheit und Unwendigkeit der neuen Geschäftsordnung und insbesondere die Neuordnung der kleinen Anfragen, die meist erledigt sind, wenn sie im Reichstage zur Verhandlung kommen. In bezug auf die Ordnungsbekanntmachungen beantragt der Redner die Milderung der Ausschlussbestimmungen.

Abg. Graf Thüning (D.) ist mit der Stärkung der Disziplinareinstellung des Präsidenten einverstanden, wendet sich aber gegen die Beschränkung der Redezeit und der kleinen Anfragen und beantragt die Einführung einer Parlamentswoche.

Abg. Dr. Kahl (D.) beantragt, die Redezeit für Disziplinareinstellung auf eine halbe Stunde herabzusetzen und zu erwägen, ob der Präsident nicht für die Dauer seiner Amtsführung aus seiner Partei auscheiden soll.

Abg. Bräutigam (D.) bekräftigt den Entwurf und stimmt dem Antrag auf halbtägige Redezeit zu.

Abg. Eichhorn (Komm.) bekämpft den Entwurf als ein Instrument zur Vergewaltigung der Minderheiten.

Nach Mitteilung eines deutschnationalen Antrages, in der nächsten Sitzung die Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen, verläßt das Haus auf Mittwoch 3 Uhr. Für den Fall, daß die Regierungsumbildung bis dahin erledigt ist, wird die Reichsregierung ihre Erklärung abgeben.

Schluss gegen 7 Uhr.

## Besserung des Geldes in Oesterreich.

Wien, 14. November.

Die paritätische Lohnkommission äußerte sich dahin, daß sich vom 15. Oktober bis 14. November die Kosten der Lebenshaltung um sechs Prozent verringert hätten.

## Der Wahlkampf in England.

London, 12. November.

Prophezeiungen konservativer Blätter von einer 40 bis 50 Mandate zählenden konservativen Mehrheit sind nur Stimmungsmache, da alle Unterlagen für Berechnungen des Wahlausfalles fehlen. Die Konservativen richten ihre Angriffe vorzüglich gegen die Asquith-Partei wegen deren Fortschritt. Bonar Law's Erklärung behauptet die Befürchtungen von der kurzen Dauer seiner Premierchaft.

London, 12. November.

Nach dem Daily Telegraph sieht der Reparationsausschuß die deutsche Lage als höchst ernst an, nicht zuletzt deshalb, weil die deutsche Regierung für irgendeine Entscheidung zu schwach sei.

Die „Nation“ erklärt die Durchführung der Dario-Politik als den Kern des Problems und fragt, warum Poincaré seine Truppen noch an der Ruhr habe, warum die Rheinlandkommission die separatistischen Behauptungen unterstütze. Frankreich müsse zwischen der Dario-Politik und der Zusammenarbeit mit England wählen.

## Schafft Volksernährung!

Der einzige Tag, an dem der württembergische Arbeits- und Ernährungsausschuß Genosse Keil auf die wachsende Gefährdung der Fleischversorgung infolge der unbeherrschten Ausfuhr von Schlachtvieh nach dem besetzten Gebiet hin. Da angesichts der ungenügenden Kraft des besetzten Gebietes eine Eindämmung der Ausfuhr von Schlachtvieh nach dem besetzten Gebiet nur schwer möglich, und da auch im allgemeinen weder eine Senkung der Fleischpreise, noch eine rasche Vermehrung des Schlachtviehs zu erwarten ist, müsse es angezogen, durch die Steigerung der Züchterproduktion ein wenigstens einen Ersatz für das fehlende Fleisch zu schaffen.

Die Steigerung der Züchterproduktion ist ohne viel Schwierigkeiten durchzuführen und zugleich mit guten Nebenwirkungen auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im allgemeinen verbunden. Der Züchterverband hat auch eine Erhöhung des übrigen Anbaues im Gefolge. Er führt zur Intensivierung der Landwirtschaft und legt sich gut in den landwirtschaftlichen Bereich ein, da der Hochbetrieb beim Züchterverband gerade in die Zeiten hineinfällt, in denen der Arbeitsmarkt am stärksten ist. Die jüngsten zünftigen Verbesserungen, so z. B. die Schaffung eines zentralen Züchterverbandes, erleichtern es, auch die mittelbäuerlichen Betriebe zur Züchterproduktion heranzuziehen. Bei fortwährender Bekämpfung der Ernte werden keine großen Schwierigkeiten in der Kapitalbeschaffung entstehen.

Deutschland war lange Jahre ein Züchterland. Es konnte auch heute leicht nach Deckung des inländischen Bedarfs mit der Züchterproduktion ein kleines Geld verdienen. Nach dem aber wäre es, wenn der Ueberfluß der Produktion für die Exportation nutzlos gemacht würde. Die große diesjährige Ernte hat wieder einmal die Aufmerksamkeit der Deutschen auf große Unterhaltungsarbeiten in der deutschen Landwirtschaft gelenkt. Der Staat spielt in der Landwirtschaft

Norddeutschlands leider eine ganz untergeordnete Rolle. Die öffentlichen Körperschaften hätten die Pflicht, ein Beispiel zu geben. Würden überall in Deutschland die Ränder der öffentlichen Wege mit Obstbäumen bepflanzt und würde das gleiche getan an den Bahnhöfen der Eisenbahnen, dann könnte Deutschland in wenigen Jahren mindestens 100 Millionen Obstbäume mehr haben. Das würde einen Gewinn von 6 bis 10 Milliarden Mark bedeuten. Aber ganz abgesehen von diesem finanziellen Gewinn — Zucker, Obst und Obstkonserven würden für unser Volk einen wertvollen Ersatz für die unerreichbare Fleischversorgung darstellen.

## Monarchen unter sich.

Wilhelm II. und Alexander III.

In seinen jüngst erschienenen „Denkwürdigkeiten“ (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt) erzählt Wilhelm II., wie er am 15. März 1890 in einem Gespräch mit Wilhelm II. gegen Bismarck loszog, der russenfreundlich sei und den Herrscher über die wahren Gefinnungen Rußlands täusche. Dann heißt es wörtlich weiter:

Der Kaiser erwiderte: „Eigentümlich, gestern Abend hat mir Herr v. Helldorf genau dasselbe auseinandergesetzt. . . . Rußland steht es jetzt ganz schlecht; sie hehen dort gewaltig gegen mich, und Kaiser Alexander spricht in wegwerfenden Ausdrücken von mir, er sagt unter anderem, ich sei verrückt.“

In den „Ereignissen und Gestalten“ Wilhelms liest man dagegen:

Im Jahre 1890, bei den Manövern in Narwa, mußte ich dem Zar die Geschichte des Abganges des Fürsten Bismarck genau schildern. Der Zar hörte mir aufmerksam zu. Als ich geendigt hatte, ergriff der sonst sehr kühle und zurückhaltende Herrscher der Seiten über Politik sprach, ganz spontan mein Hand dankte mir für den Beweis meines Vertrauens, bedauerte, daß ich in solche Lage gebracht worden sei, und fügte wörtlich hinzu:

„Ich verstehe vollkommen deine Handlungsweise. Der Zar war trotz all seiner Größe schließlich doch nichts anderes, als ein Beamter oder Beauftragter. In dem Augenblick, wo er sich weigerte, nach meinen Befehlen zu handeln, mußte er entlassen werden. Ich meinerseits habe in merer Mittrauen gegen ihn gehandelt und ihm niemals ein Wort von dem, was er nicht wissen ließ, oder selbst mir sagte, geglaubt, denn ich wußte genau, daß er mich immer anführte. Für die Beziehungen zwischen uns beiden, mein lieber Wilhelm, wird der Sturz des Fürsten die besten Folgen haben. Das Mittrauen wird schwinden. Ich habe Vertrauen zu dir. Du kannst dich auf mich verlassen.“

Alexander III. war also nicht nur ein Menschenkenner, sondern auch ein Diplomat.

## Die „aufrechten“ Demokraten.

Der Mangel an politischer Selbständigkeit und Zuverlässigkeit der Demokraten geht aus folgendem Vorgang deutlich hervor, der auch auf die benötigende Regierungsbildung in Sachsen seine Schatten wirft.

In Braunschweig steht eine Vervollständigung des von Sozialdemokraten und Demokraten zu bildenden Kabinetts bevor. Trotzdem hier diese beiden Parteien im Landtage eine sichere Stütze der Regierung bilden und die Demokraten keinerlei Rückhaltung bei der Deutschen Volkspartei bedürfen, hat diese auf ihrem letzten Landesparteitag durch den Vorsitzenden erklären lassen, daß die Deutsche Volkspartei den Demokraten nur Handlungsfreiheit gewährt

„vorbehaltlich ihrer pflichtgemäßen Einstellung auf die Wünsche der Deutschen Volkspartei“, und weiter heißt es in jener parteioffiziellen Erklärung: „Die demokratischen Vertreter müssen sich dessen bewußt sein, daß sie zu gleicher Zeit auch die politischen Belange der Deutschen Volkspartei zu schützen haben.“

In Braunschweig haben bei den gepflogenen Verhandlungen die Demokraten genau nach dieser Anweisung gehandelt, d. h. sich aller selbständigen Beschlüsse enthalten. Wo und wie weit diese Einstellung der Demokraten die gleiche ist, wird man diese als lediglich als die politischen Beauftragten der Deutschen Volkspartei ansprechen müssen.

## Der Streik im Rheinland.

Düsseldorf, 14. November.

Die Streikbewegung in Düsseldorf hat sich ausgedehnt. Neben alle Werke mit Ausnahme von Oberwirth und Rheinmetall liegen still. Die Polizei hat mehrere angelegte Versammlungen verboten, so auch die in der Tonhalle, die trotzdem am Dienstag vormittag von Demonstranten, die die polizeiliche Überwachung sprengten, abgehalten wurde. Die Beamten folgten den Demonstranten, um die verbotene Versammlung aufzulösen. Sie wurden dabei tätlich angegriffen, mit Stuhlweihern geschlagen. Von der Galerie fielen Schüsse; auch von den Polizeibeamten soll daraufhin zurückgeschossen worden sein. Nach den neueren Feststellungen ist jedoch kein Menschenleben zu beklagen, sondern nur Verletzungen, hauptsächlich infolge der ausgebrochenen Panik. Die Betriebsräte haben den Generalkstreik beschlossen. Die Gewerkschaften haben hierzu noch keine Stellung genommen. Eine für heute Abend nach dem Zoologischen Garten einberufene Versammlung wurde polizeilich verboten. Sonst herrscht im Bezirk Düsseldorf Ruhe. Am Dienstag Abend soll in Hamborn eine Versammlung über Lohnfragen stattfinden. — Die Kommunisten rufen die zunächst von den Unionisten ausgegangene Bewegung aus. Heute morgen trafen bereits kommunistische Flugblätter aus Berlin in Düsseldorf ein, die sofort beschlagnahmt wurden. — In Berrath, einem Industrieort bei Düsseldorf, wo auch gestreikt wird, fanden heute vormittag Lebensmittel Demonstrationen statt, an denen sich Arbeiter aller Parteizugehörigkeiten beteiligten. Diese Demonstration vor dem Schloß und vor dem Rathaus ist bis zur Stunde ruhig verlaufen.

## Wichtige Ururhen in Köln.

Köln, 14. November.

Gestern Abend kam es in der Altstadt und einigen industriellen Vororten zu erneuten Feuerunfällen, die diesmal leider einen blutigen Ausgang nahmen. Die Kommunisten hatten für den Abend Versammlungen einberufen, die von der britischen Behörde verboten wurden. Angehtlich wollten die Kommunisten dieses Verbot nicht rechtzeitig erhalten haben, obwohl allen Kölner Zeitungen schon in den Vormittagsstunden eine Mitteilung über das Verbot zugeht. Das kommunistische Organ erschien am Montag mit der Aufforderung, „Müssen heraus!“ Gegen 7 Uhr abends kam es zu großen Massenansammlungen, in deren Verlauf die Schaufenster verschiedener größerer und kleinerer Geschäfte zerstört wurden. Die Polizei sah sich gezwungen, mit der blanken Waffe vorzugehen. Außer einer Anzahl Verletzter, unter denen sich auch einige Polizeibeamte befinden, soll es in einem Vorort fünf Tote gegeben haben. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt allerdings noch nicht vor. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Hauptort der Unruhen befindet sich in der Nähe des Polizeipräsidiums. Die Stimmung unter den Arbeitern ist hier sicher infolge der fortschreitenden Leuerung sehr erregt, aber es kann nicht vernein werden, daß die Kommunisten in unverantwortlicher Weise die Massen aufwiegen. Schon in den sozialdemokratischen Versammlungen am Sonntag erklärten sie, sie seien entschlossen, „Sesam in die Sache hineinzubringen“. Ihr Entschluß, die Massen unter allen Umständen auf die Straße zu bringen, hat leider einen sehr traurigen Erfolg gehabt.

# Beamte und Wirtschaftspolitik.

Von Albert Falkenberg.

Auch ohne Hinzuziehung von Sachverständigen wächst in Arbeitnehmerkreisen die Erkenntnis, daß Lohn- und Gehaltsbewegungen nicht ausreichen, um die Einzelwirtschaft vor dem Zerfall zu bewahren. Daher die Bestrebungen der Gewerkschaften, eine stärkere Beeinflussung der allgemeinen Wirtschaft zu erreichen. Was längst Gemeingut der Arbeiter- und Angestelltenbewegungen war, findet unter dem Druck der unerträglich werdenden Wirtschaftsnöte auch in den Beamtenorganisationen Anerkennung, die Tatsache nämlich, daß man Gehaltserhöhungen in der Zeit katastrophaler Wirtschaftsentwicklung zwar als ein Mittel zur Verlangsamung des Verfallsprozesses gelten lassen muß, daß sie aber keineswegs als Ersatz einer vom Gewerkschaftsstandpunkt zu treibenden Wirtschaftspolitik angesehen werden können.

Solange die Beamten nicht erkennen, daß sie als Verkäufer ihrer Arbeitskraft in den Reihen der übrigen Arbeitnehmer gehören, bleiben alle Versuche, sie für die wirtschaftspolitische Praxis zu gewinnen, erfolglos. Erst die steigende Not hat hier Wandel geschaffen. Und dennoch nicht in dem erforderlichen Ausmaß, weil weite Schichten der Beamten immer noch vor den Konsequenzen zurückweichen, die der Wirtschaftskampf von allen fordert, die ihn als Notwendigkeit begriffen haben. Immer noch wird vielfach im Beamtenlager die Aufstellung zielmäßiger Wirtschaftsforderungen umgangen, weil man befürchtet, die gewerkschaftliche Neutralität durch kein eigenes Wirtschaftsprogramm zu diskreditieren. Man scheut sich, in Wirtschaftsforderungen Farbe zu bekennen und versteckt sich hinter dem Einwand, daß in Zeiten anormaler Wirtschaftsentwicklung Grundgesetzpolitik unmöglich sei.

Dabei wird übersehen, daß auch in der Wirtschaft Gegenwarts- und Zukunftspolitik innere Zusammenhänge aufweisen. Ist nicht die Profitsucht weiter Kreise in Handel, Industrie und Landwirtschaft mit ausschlaggebend für die Wirtschaftsnöte der breiten Massen? Wären jene Kreise überhaupt in der Lage, ihre Vormachtstellung zum Schaden der Massen auszunutzen, wenn ihr Egoismus nicht die sicherste Stütze im Profitwirtschaftssystem fände? Haben also die Ausbeuter — und zu ihnen zählen nicht zuletzt die Beamten als Arbeitnehmer und Verbraucher — ein Interesse daran, dieses System zu schützen? Immer noch aber sind sie im wesentlichen über jenen Zustand der Ermüdungen nicht hinausgekommen, den sie so oft bei den maßgebenden Stellen zu kritisieren Gelegenheit finden. Und doch liegt eine härtere Anteilnahme breiter Arbeiterschichten an der positiven Wirtschaftspolitik durchaus nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern ebenso sehr im Interesse der Gesamtheit, denn nur dann, wenn jene politischen Kräfte und Persönlichkeiten in den maßgebenden Instanzen des Staates, die eine den Arbeitnehmerinteressen dienliche Politik selbst gegen Widerstände durchzusetzen sich bemühen, von den Massen eine über die Landesgrenzen hinaus sichtbare Unterstützung erfahren, kann es gelingen, ihren Vorschlägen und Maßnahmen den erforderlichen Nachdruck zu verleihen.

Die von den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten in einer Eingabe an den Reichsfinanzminister gestellten Forderungen, deren Erfüllung geeignet wäre, dem weiteren Zerfall unserer Währung zu steuern und die Volksernährung mit inländischen Produkten sicherzustellen, sind in einer Zuschrift des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes an den Reichsfinanzminister anerkannt bzw. ergänzt worden. Der in dieser Eingabe enthaltene Hinweis auf die Höhe der Kaufkraft der Oktobergehälter liefert den hündigen Beweis für die allgemeine Herabsetzung der Lebenshaltung. Im krassen Gegensatz zu dieser Tatsache steht das Ergebnis der bisherigen Steuerpolitik. Während von Arbeitern, Angestellten und Beamten seit 1920 der zehnpromzentige Lohn- und Gehaltsabzug gefordert wird, genießen die nicht unter das Lohnabzugsverfahren fallenden Steuerpflichtigen immer noch den Vorzug, von der Steuereintreibung weitestgehend befreit zu sein. Die Forderung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes betr. jährlicher Eintreibung sämtlicher außerordentlicher Steuern sowie die monatliche Erhebung der vorläufigen Einkommensteuer von 1922 von den nicht unter das Lohnabzugsverfahren fallenden Steuerpflichtigen nach dem auf Grund von Selbstschätzung festgestellten letztmonatlichen Einkommen ist daher ebenso berechtigt wie das Verlangen, daß bei Feststellung eines Zurückbleibens des selbsteingeschätzten Einkommens hinter dem tatsächlichen steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 20 Proz. bei der endgültigen Veranlagung für die Differenz die Steuer im Gegenwert des zur Zeit der Fälligkeit vorhandenen Goldwertes der Steuer, mindestens jedoch im doppelten Betrage zu entrichten sei.

Zu ihrem eigenen Schaden haben die Beamten bisher versucht, sich in einem gewissen Abstand von den brennenden Wirtschaftsforderungen zu halten, in der Meinung, daß ihr besonderes Verhältnis zum Staat sie vor der Hineinziehung in den allgemeinen

# Forderungen der Beamten.

Auch in den Kreisen der Beamenschaft, die auf wirtschaftlichem Gebiet bisher sehr zurückhaltend gewesen sind, wird der Ruf nach durchgreifenden Maßnahmen der Abhilfe dringend erhoben. Soeben hat der Allgemeine Deutsche Beamtenbund Vorkstellungen beim Reichsfinanzminister in dieser Angelegenheit erhoben. In dem Schreiben wird die allgemein bekannte katastrophale Entwicklung, wie sie sich für Herbst und die letzten Monate gestaltet hat, geschildert. Es wird auf die zahlreichen Pläne zur wirksamen Abhilfe hingewiesen. Dann heißt es weiter:

„Große Teile des Volkes haben den Eindruck, daß die Möglichkeiten, die Deutschland im Rahmen der gegebenen außenpolitischen Bedingungen zur Selbsthilfe noch geblieben sind, wegen des Widerstandes gewisser von der Geldwertung nicht so stark getrockneten Wirtschaftsgruppen bisher nicht ausgenutzt worden sind. Noch lebt die Hoffnung, daß es endlich gelingt, aus den vielen Diskussionen und Erwägungen heraus die dringendsten Maßnahmen zu treffen, um wenigstens die Verschlechterung der herrschenden Zustände zu verhindern. Wir erwarten insbesondere die beschleunigte Durchführung nachstehender Maßnahmen:

Währungsreform unter Heranziehung der vorhandenen Sachwerte und verfügbaren Goldbestände als Garantiefaktors.

Unterbindung der wilden Spekulation (Schaffung eines goldwertbeständigen Anlagepapiers).

Unterbindung der Kapitalflucht und der sogenannten „Flucht aus der Mark“.

Eintreibung sämtlicher ausstehenden Steuern, monatliche Erhebung der vorläufigen Einkommensteuer von 1922 von den nicht unter das Lohnabzugsverfahren fallenden Steuerpflichtigen nach dem auf Grund von Selbstschätzung festgestellten letztmonatlichen Einkommen. Wird bei der endgültigen Veranlagung ein Zurückbleiben des selbst eingeschätzten Ein-

kommens hinter dem tatsächlichen steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 20 Proz. festgestellt, so ist für die Differenz die Steuer im Gegenwert des zur Zeit der Fälligkeit vorhandenen Goldwertes der Steuer, mindestens jedoch im doppelten Betrage, zu entrichten.

Sicherstellung der Produkte inländischer Herkunft, insbesondere der Nahrungsmittel zur Versorgung der Bevölkerung unter rücksichtsloser Unterbindung aller ungerechtfertigten wucherischen Preistreiberien.

Wenn von gewisser Seite immer wieder und in letzter Zeit in erhöhtem Maße der Hinweis gemacht wird, daß eine Währungsreform unter rücksichtsloser Unterbindung aller ungerechtfertigten wucherischen Preistreiberien, so wird demgegenüber auch von uns einer solchen Verbindung der Frage der Arbeitszeit mit der Lösung dieser Finanz- und Wirtschaftsfragen entschieden widersprochen. Es geht nicht an, daß Sanierungsversuche lediglich auf Kosten der Arbeitskraft des werktätigen Volkes, zu dem auch die Beamten gehören, gemacht werden, wobei letzten Endes wiederum die arbeitenden Schichten um den Ertrag dieser geforderten Mehrarbeit gebracht würden, ohne daß dadurch die Gewähr für eine wirkliche Verbesserung der Lage gegeben werde.“

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund betont dann, daß er die oben aufgeführten Forderungen im Namen von Hunderttausenden von Beamten vortrage, und daß die von ihm vertretene Beamtenenschaft bereit sei, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften für die Durchführung solcher Sanierungsmaßnahmen einzusetzen, daß sie ferner zur Unterstützung aller, die solche Maßnahmen zu ergreifen gewillt sind, bereit sei, und daß er in letzter Stunde hoffe, es möge bald etwas geschehen, was Mittel zur Abhilfe der unheilbar gewordenen Zustände und katastrophal werdenden Entwicklung bietet.

Wirtschaftskampf bewahren könnte. Gerade in diesen Tagen hat ja diese Auffassung eine besondere Blüte gefunden: die Trennung der Verhandlungen über Lohn- und Gehaltsfragen. Schlagend hat das Ergebnis der hier verwirklichten Bestrebungen bewiesen, daß die Regierung, auch wenn sie gern wollte, der Wechselwirkung zwischen Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen gar nicht ausweichen kann. Schon die eine Wahrheit, daß zwei Berufsständen, deren Arbeitskraft in denselben Produktionsprozess als Wertfaktor eingestellt werden muß, in ihrer Entlohnung innere Zusammenhänge aufweisen müssen, sollte auch den Beamten zeigen, daß sie mit einer häufig nur auf logischer Rückständigkeit beruhenden Auffassung volkswirtschaftlich nicht mehr bestehen können. Auch die unter Ablehnung gemeinsamer Verhandlungen in der Lohn- und Gehaltsfrage erhobene Forderung der Aufrechterhaltung des Berufsbeamtenstandes wird zum agrarischen Schlagwort, wenn man mit ihr die notwendige geistige Umstellung des Beamtenstandes abwehren will. Gewiß ist es eine Tragik, daß die Gewerkschaften infolge Deutschlands wirtschaftlicher Lage die ihnen durch die Staatsumwälzung überkommene Möglichkeit, an der Regelung des Wirtschaftslebens unmittelbar mitzuwirken, augenblicklich nicht ausnützen können und auf die laufende Erhöhung des Nominallohns angewiesen sind. Diese Tatsache darf aber nicht hindern, nun erst recht alles Interesse für die währungspolitischen Maßnahmen aufzubringen, damit ihre auf grundsätzliche Neuordnung des Wirtschaftslebens abzielenden Bestrebungen aus der Theorie in die Praxis übergeführt werden können.

Ohne daß ihrerseits ein bestimmtes Wirtschaftssystem propagiert zu werden braucht, müssen auch die Beamten erkennen, daß sie um die praktische Mitwirkung an dem Abbau des gestennten Profitwirtschaftsstandes nicht herumkommen, und daß sie wahrhaftig alle Ursache haben, die zurzeit von gewisser Seite mit Hochdruck einschendenden Bestrebungen auf Beseitigung des Achtstundentages nachdrücklich zu bekämpfen. Was Herr Sinnes soeben im Reichswirtschaftsrat in rücksichtsloser Form verurteilt, ist die Meinung aller jener Kreise, die hoffen, durch Hemmung der Stabilisierungsbestrebungen ihre Hochkonjunktur zu verlängern und damit die Vormachtstellung des Kapitals zu erhalten. Wenn sie dieses Ziel erst einmal erreicht haben, werden sie als fluge Lakaien schon verstehen, die Massen der Arbeitnehmer und Verbraucher unter Druck zu halten. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache lehnt die erwähnte Eingabe des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes ab, daß Sanierungsversuche lediglich auf Kosten der Arbeitskraft des werktätigen Volkes, zu dem auch die Beamten gehören, gemacht werden, wobei letzten Endes wiederum die arbeitenden Schichten um den Ertrag dieser geforderten Mehrarbeit gebracht werden, ohne daß dadurch die Gewähr für eine wirkliche Verbesserung der Lage gegeben wäre.“

Der in Verbindung mit der Bekämpfung des Währungsprogramms der Regierung von den Vertretern des Großkapitals entfachte Sturm gegen den Achtstundentag sollte den Beamten zu der Erkenntnis verhelfen, daß jener Seite alle Mittel recht sind, die Gewinnchancen, die ihr die Profitwirtschaft bietet, nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern nach Möglichkeit zu erweitern. Läßt sich dieses Ziel nicht mit der Privatisierung der Reichsbetriebe erreichen, so meinen jene Herrenmenschen, dann ohne sie erreicht werden muß es, soll nicht die ganze Herrlichkeit des Herrenmenschtums in Scherben gehen.

Die Entschädigung rückt näher, auch die Beamten kommen nicht an ihr vorbei. Auch für sie wird die Gesundung unserer Währung zu dem Auftakt einer neuen Wirtschaftspolitik, die weder mit Schlagworten noch durch schöne Entschuldigungen in Szene gesetzt werden kann. Hier kann es nur eins geben: den zielbewußten Zusammenstoß aller Arbeitnehmer und Verbraucher einschließlich der Beamten, um über den Weg genossenschaftlicher Praxis zu einer neuen Wirtschaftsordnung zu gelangen. In die Verwirklichung dieses Zieles kann aber nur gedacht werden, wenn es gelingt, die drohende Wirtschaftskatastrophe zu überwinden. Sie ist nicht zu überwinden allein durch die Gesundung unserer Währung. Dem Sinken der Mark Einhalt zu gebieten, ist der Ausgangspunkt des Gesundungsprozesses. Der Weg bis ans Ziel ist weit. Das Ziel bleibt unerreichbar, wenn man den Weg nicht will. Das muß sich auch die Beamtenchaft vor Augen halten, die gewerkschaftlich organisiert ist.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 15. November.

Ämliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	14. November.	13. November.	
Amsterdam	1 fl.	2763.07	3192.—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	424.98	478.80
Kristiania	1 Kr.	1305.72	1526.17
Kopenhagen	1 Kr.	1406.47	1645.87
Stockholm	1 Kr.	1865.32	2194.50
Helsingfors	1 Finn. Mk.	179.55	201.49
Rom	1 Lire	339.15	364.08
London	1 £	30922.50	36408.75
New York	1 Doll.	7032.37	8104.68
Paris	1 Frs.	456.85	516.20
Zürich	1 Frs.	1239.26	1476.30
Madrid	1 Pesetas	1089.75	1236.92
Wien	100 Kr.	9.57	10.22
Prag	1 Kr.	222.44	254.36
Budapest	100 Kr.	2.84	3.24

## Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

15. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Hauptpassus lautete: „Im Falle ich sterben sollte, wählend die Kühe auf der Fenne sind, bekommt Jakob Thomsen den Hof und alles, was dazu gehört; sterbe ich aber zu der Zeit, wo die Kühe im Stalle sind, fällt der Hof mit allem Zubehör an Johann Thomsen. Derjenige von ihnen, der leer ausgeht, bekommt tausend Taler, die auf der Stadtkasse in Hulum stehen, und außerdem nur, was ihm der Erbe noch aus freien Stücken gibt.“

So ungefähr lautete das Testament, das von der Alten, dem Pastor und einigen rasch herbeigeholten Nachbarn unterschrieben wurde.

Als alle gegangen waren, legte Trientleschen sich zufrieden in ihre Kissen zurück. Jetzt mochte der Tod kommen, sie hatte ihr Werk vollendet; das klügste Werk ihres Lebens. Sie hatte keinen Bemachteltigt, sie hatte sich eine Waise geschmiedet, die ihr Leben erhalten und verlängern sollte. Ein Grinsen überflog ihre Züge. Sie dachte an ihre Kühe, die ihr mehr wert waren, als die Menschen. Die Kühe sollten das Geld der Menschen bestimmen.

Mit ihren Neffen sprach sie offen über ihr Testament. Zu Jan sagte sie: „Das Testament habe ich deinetwegen gemacht, weil du bei mir geblieben bist. Teilen läßt sich der Hof nun einmal nicht; aber dein wird er darum doch. Ich sterbe im Winter, paß auf! Ich kam die Kälte nicht vertragen. Es kommt ja auch nicht darauf an, ob ich sie ein paar Tage früher hereinnehme. Ich lorge schon für dich, daß du den Hof kriegst.“

Mit Jat redete sie anders, als er mit finsterner drohender Miene an ihr Seit trat. „Entweder sterbe ich im Frühjahr oder im Herbst“, sagte sie, „dann sterben ja meistens die alten Leute. Du hast ja immer Glück, du sollst sehen, du kriegst den Hof.“

„Dor lurr op!“ sagte Jat barsch. Er war in äußerst schlechter Laune. Aber diesmal war er dem finsternen, listigen Weibe doch nicht gewachsen.

Trientleschen schickte in ihre Bettdecke hinein. „Ich bin klüger als alle“, dachte sie. „Jetzt wird mir keiner vom Hofe geben. Einer wird den anderen bewachen. Jeder wird arbeiten und sorgen, daß der Hof intand bleibt. Jeder wird mich pflegen und mein Leben zu erhalten suchen. Jetzt ist Jat an der Reihe, er wird mich jetzt über den Winter hinweg helfen, damit er mich im Sommer beerben kann, und den Winter über pflegt mich Jan. Ja, es war die höchste Zeit, daß ich etwas tat. Auf dem Hofe ist in solchen Dingen kein Verfall, das sehe ich an

der Wiebdeern; ihretwegen könnte ich rein umkommen. Aber die Jungen, die habe ich jetzt am Tau.“

Es schien wirklich, als hätte die Alte recht; als hätte sich Jat überlegt, wie schlecht es um ihn stünde, wenn die Alte jetzt im Winter stirbe und er mit ein paar tausend Mark baren Geldes davongehen sollte. Er bestimmte sich jetzt mehr als sonst um die Kranke; er brachte ihr an dem nächsten Markttag aus der Apotheke in Hulum Brusttee und Brustzucker mit. Wiebe mußte heißen, süßen Tee kochen und ein Sippchen bereiten, wie es kleine Kinder nach der Entwöhnung bekommen.

„Wenn sie nur jetzt nicht stirbt“, dachte er, „nachher will ich die Kurze schon lenken.“

Auch Jan kam der Gedanke: „Wie, wenn die Tante jetzt stirbt?“ Er nahm sich vor, falls ihm der Hof zufiele, dem Bruder außer dem Sparkassengeld alles zu geben, was sich auf dem Hof entbehren ließe, und ein paar von den besten Fennen und die Hälfte des Viehes dazu, damit Jat auch kein Fortkommen fände. Ihm, der so ein zügelloses Temperament besaß, der stets gekerricht, niemals geduldi hatte, würde es schwerer als Jan fallen, sich fremden Leuten unterzuordnen.

Es trat jedoch eine Wendung zur Besserung ein. Der Husten ließ nach; nur der Appetit wollte sich noch nicht einstellen.

„Ein kalter Hering!“ Ein kalter Hering mit Senf“, knurrte die Tante, „der wird mich kurieren!“

„Ich muß ihr den Willen tun“, dachte Jat. „Wenn sie eine Tier darüber hat, hilft es ihr vielleicht.“

„Sei still“, fuhr er sie an, „ich hol' dir den Hering.“

„Aber eine milchernen“, sagte sie. Und als er schon an der Tür war, hörte sie noch so laut sie konnte: „Such' dir den allergrößten aus!“

Der Hering wurde gebracht. Ramsell aß ihn unter Mäkeln und Schelten.

„Ha, ich lass' mich nicht unterkriegen. — Klein ist er man. — Klein, den Gestallen tu ich den Leuten nicht. — Der Kopf ist halb ab. — Haha, toskleiben? — Ne, der kalte Hering bringt mich wieder in Schid. — Greulich übermeät er! — Ha, ich fühl' mich schon halb gesund! — So'n alter, überjähriger Hering! — Die Mannsleute lassen sich immer alles ansehieren.“

Ramsell lag aufrecht im Bette und laute. Sie aß noch einen Happen Brot, um den Geschmack loszuwerden, und trank drei Tassen Tee, weil der Durst sie heftig plagte. In der Nacht schliefte sie sehr, und am nächsten Tage fühlte sie sich bedeutend wohler.

Sie erholte sich wirklich. Es schien, als ob ihre eigene Willenskraft die Krankheit unterjochte. Einige Tage darauf lag sie schon, die Foverkette unter den Füßen, in ihrem Lehnstuhl, und acht Tage später kroch sie schon wieder im Hause herum.

„Ich lasse mich nicht unterkriegen!“ jagte sie mit triumphierendem Blick. „Ich heiße Trientleschen Woos!“

„Sie hat ihre Seele dem Teufel veräußert“, sagten die Dorfleute. „Dafür läßt er sie noch ein paar Jahre leben.“

Jat, der in der letzten Zeit mit finsterner Miene umhergegangen war, wurde immer besserer Laune. Wenn nur erst der 12. Mai da wäre, der Tag, an dem nach altergebrachter Sitte die Kühe auf die Weide getrieben wurden, dann war es ihm egal, was aus dem alten Weibe wurde. Dann mochte sie heimtuegen in die Grast fallen, er würde keinen Finger rühren, um sie herauszugiehen.

Jan machte sich weniger Sorgen des Testaments wegen. „Wie es kommt, so kommt es“, dachte er. „Wenn es nicht anders sein kann, mehre ich die tausend Taler von der Sparkasse und pachte mir eine kleine Landstelle mit ein paar Kühen und Schafen. Knapp wird es wohl werden, denn Jat wird gewiß nicht eine Kage zugehen. Täglich arbeiten müssen wir dann wohl; aber Fraue wird sich schon in alles finden!“ Obwohl zwischen Fraue und ihm nie ein Wort über ihre Liebe und über die gemeinsame Zukunft gefallen war, war er ihr doch so sicher wie seiner selbst.

Das Verhältnis der Brüder gestaltete sich, wie Ramsell mit Genugtuung bemerkte, kühler und unfeindlicher als zuvor, kein inneres Band vereinigte die beiden verschiedenartigen Menschen. Dies war allein Jats Schuld; er war jetzt oft in unleidlicher Laune und lehnte immer mehr den Herrn heraus. Jan litt sehr unter diesem Verhältnis, doch konnte er sich nicht dazu aufraffen, dem Bruder energisch entgegenzutreten, und die Nachgiebigkeit von seiner Seite vermochte nichts daran zu ändern.

So weit war alles beim alten, da trat eine Veränderung im Haushalt ein: Wiebe Thomsen, die Diensteern, wollte fort. Sie heiratete einen fünfzigjährigen Witwer mit drei Kindern, und konnte nun ihrer Meinung nach nicht schnell genug in das Loch der Ehe hineinkommen.

„Ich verheiratete mich mit Niklas Weber, das ist ein Wittmann!“ sagte sie. „Ein Wittmann kann sich seine Frau aus dem Stall unter der Kuh wegholen, wenn sie beim Melken ist; sie braucht nicht mal die Kuh zu Ende zu melken. Ich brauchte auch heute mittag nicht mehr die Kartoffeln abzugeben und das Sauerfleisch zu braten, wenn ich nicht wollte. Aber ich bin nicht so und mein Niklas auch nicht. Ich will man noch vier Wochen bleiben; bis dahin wird Ramsell wohl eine andere Deeth haben.“

Jetzt war guter Rat teuer. Woher sollte man zum 1. März außerhalb der Fenne, ein Mädchen bekommen? Außerdem waren selbst die Mädchen, die zum 1. Mai jagen, längst vermiethet.

Fortsetzung folgt.



**Im 1. Stock**  
**Verkauf**  
 und  
**Ausstellung**  
 zeitlicher  
**Handarbeiten**

**Wir haben ausgestellt:**

Runde Tischdecken für Herrenzimmer / Kissen für Klubsessel / Ovale, seidengerüschte Kissen für Damenzimmer  
 Straminkissen, trassiert / Sitz- und Fußkissen /  
 Kreuzsticharbeiten für Speisezimmer / Spitzendecken, oval und rund, mit effektvollen Richelieu- u. Madeira-Verzierungen.

**Für Weihnachtsgeschenke geeignet:** Gestickte Tablettdecken / Kuchen-glocken / Nadelpuppen / Nadelkissen / Toilettekissen.

Fachkundige Beratung u. sachgemäße Bedienung erleichtern Ihnen den Einkauf!

Aus der Fülle des Gebotenen einige Beispiele:

<b>Tablettdecken</b> Kreuzstich und Locharbeit, gezeichnet	<b>25<sup>00</sup></b>	<b>Kissen</b> grau u. weiß Leinen u. Rips, gezeichnet	<b>675<sup>00</sup> 375<sup>00</sup></b>
<b>Quadrate</b> Habbleinen mit Kreuzstich, gezeichnet...	<b>65<sup>00</sup> 48<sup>00</sup></b>	<b>Decken</b> grau und weiß Leinen und Rips 40x80 cm, gezeichnet.....	<b>525<sup>00</sup></b>
<b>Quadrate</b> Loch u. Richelieu, Zeichnung	<b>115<sup>00</sup> 52<sup>00</sup></b>	<b>Büfettdecken</b> Loch- und Richelieuarbeit, gezeichnet ..	<b>350<sup>00</sup></b>
<b>Kissenstreifen</b> und Ecken Loch- und Richelieu-Muster, gezeichnet.....	<b>185<sup>00</sup></b>	<b>Küchenhandtücher</b> rot und blau gepaspelt, gezeichnet	<b>675<sup>00</sup></b>

Außerst preiswerte Stick- u. Häkelmaterialien in großer Farbauswahl

# Helstenhaus

## Rautabat.

Durch die dauernde Steigerung des Goldes, sowie den hohen Nachschub, sehen wir uns wiederum gezwungen, den Preis für Rautabat vorläufig auf

**Mk. 50.— pro Rolle**

zu erhöhen.  
 Wiedererhöhter Verkauf erst von Montag, den 20. d. Mts. an erfolgen werden. Da wir kommen können.

Tabakfabrik Chr. Hoto.

### Die Sorgen der Hausfrau

sind vorüber, sobald sie einzutritt in den

## Südböher Frauenverein!

## Beltragsmarken

für Vereine, Gewerkschaften  
 fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung  
 Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.  
 Johannisstraße 46.

**Felle**  
 best höchst-  
 zählend

**Haare**

1836 Frankenthal  
 824310123 33 Tel. 8541  
 9377

## Visitenkarten

werden in modernster Ausführung angefertigt bei  
 Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Alle  
**Arbeiter**  
 kaufen gern und gut  
 ihre Arbeitskleidung  
 bei

**Otto Albers**  
 Markt 4 Kolln 10

**Zit-ellen**, alle die einen  
 Leinwand, J. Katt  
 oder u. Schmelzdecken,  
 Seiden, Schmelt-  
 Gießdruck  
**Alt-Metalle**,  
 Kupfer, Zinn  
 etc. etc.  
 etc.

**L. Lissianski, Lübeck,**  
 Obertrave 19.  
 Grabschul. Fernstr. 87a. Nebenhandl.

**Felle, Tier-  
 haare, Pa-  
 pier** sind sowie  
 laufend ab jed. Ort  
 jedem Porten. — Vert-  
 käufsgewerbe für Hände-  
 ler, Klempner, Schmelz-  
 fabriksbetriebe.

**Zahn-Praxis**  
**Ernst Haus**  
 Sprechst. v. 9-12  
 und von 2-7 Uhr.  
 Sonntag v. 9-11 Uhr.  
 Mühlenstr. 1-3, I.,  
 am Klingenberg  
 Teleph. 1708. (9360)

**Hafen, Kamin,  
 Ziegen- u. alle  
 andern Zelle,  
 Pferde,  
 Kuhlweil-  
 gare**  
 taugt zu höchsten  
 Preisen

**J. C. Würzburg**  
 Wahrenstr. 22a.

**+ Magerkeit +**

Schöne volle  
 Körperformen  
 durch unser  
**Regio Kraftpulver**

in 6 bis 8 Wo-  
 chen bis 30 Pfd  
 Zunahme. Ga-  
 rant, unschädlich. Ärztlich  
 empfohlen. Streng reell!  
 Viele Dankschreib. Preis  
 Karten mit Geb.-Anm.  
 Mk. 120. Porto extra

**Aleiner Niederlage**  
**Adler-Apothek.**  
 Lübeck, Ob. Mengstr. 10  
 9367

**Schwache  
 Nerven**  
 sind d. Grundursachen  
 der meisten Krank-  
 heiten. Blühen, Herz-  
 klopfen, Unlust  
 zur Arbeit, nervöse  
 Schwächezustände  
 aller Art, nerv. Kopf-  
 schmerzen, Zittern,  
 Appetitlosigkeit, nerv-  
 öse Magenbeschwer-  
 den sollen nur mit  
**Doppelherz**  
 dem von Ärzten an-  
 erkannten Nerven-  
 kräftig.-Mittel behan-  
 delt werden. Allein  
 echt m. d. Schutzmarke

Zu haben in folgenden  
 Drogen: **J. Struve - Castell,**  
 Bieler Strasse 95 u.  
**J. Vogt, Germ.-Drog.**  
 Wo nicht erhältlich,  
 schreiben man an die  
 Fabrik: **J. P. Henkes,**  
 Berlin-W. Apostel-  
 Paulusstrasse 26. Man  
 hüte sich vor Nach-  
 ahmungen und nehme  
 nur Doppelherz.

Die Kunst der  
**Gelbst-  
 verteidigung**  
 bei tätlichen Angriffen  
 nach dem japanischen  
**Dschia-Utschitsu.**  
 Mit 40 Abbildungen.  
**Buchhandlung**  
**Lüb. Volksbote.**  
 Johannisstr. 46.

**Leder**  
 Lederausschnitt  
 Ersatzstoffe in halt-  
 baren Fabrikaten  
 Alle Schmalen-Artikel  
**C. Grimm Nachf.,**  
 Lederhandlung und  
 Schältefabrik. 9362

## Deutscher Verkehrsband

Abteilung Kraftfahrer

**Verammlung**  
 am Donnerst. 16. Nov.  
 abends 8 Uhr  
 im Lokale des Herrn  
**P. Richter, Mengstr.**

**Wichtige  
 Tagesordnung.**  
 Die Ortsverwaltung.

**Adlershorst**

**Bestattungswesen.**  
 Zur Förderung des gemeinnützigen Bestat-  
 tungswesens hat sich ein Verein „Notgemeinschaft  
 1922 zu Lübeck“ gebildet. (9386)  
 Zu Beginn der Vereinsstätigkeit ladet der  
 Vorstand alle Bewohner Lübecks ein zu einer  
**Öffentlichen Versammlung**  
 am Freitag, dem 17. November  
 abends 7 1/2 Uhr  
 in den „Zentralhallen“, Dankwartsgrube.  
 Beitrittserklärungen können vor und während  
 der Versammlung erfolgen. Zahlreichen Besuch  
 erwartet Der Vorstand und der Kontrollauschub.

**Verein  
 der Gast- und  
 Schankwirte  
 für Lübeck und  
 Umgegend.**  
 E. V.

**Stiftungsfest**  
 am Donnerstag, d. 16. Novbr.,  
 in sämtl. Räumen der Stadthalle  
 (Zwei Musikkapellen.)  
 Einführung durch Mitglieder gestattet.  
 Um gütigen Zuspruch bittet  
**Der Vergnügungs-Ausschub.**  
 P. Buimester. 9381

**Sozialdemokr. Verein  
 Lübeck.**

**VIII. IX. u. X.  
 Distrikt.**

Freitag, den 17. Novbr.  
 abends 7 1/2 Uhr  
 in der Aula der Schule  
 am Marquardplatz:  
**Bezirksmitglieder-  
 Versammlung.**

1. Vortrag des Gen.  
**Dr. Leber.**  
 2. Berichtedes.  
 Zahlreiches Erscheinen  
 erwarten (9392)  
 Die Distriktsführer  
**B. Lotzow, H. Puls,  
 C. Maas.**

**Deutscher  
 Bauarbeiter-  
 verband.**  
 Lübeck.

**Mitglieder-  
 Versammlung**  
 am Donnerst. 16. Nov.  
 abends 7 1/2 Uhr  
 bei Ender, Hundstr.

Tages-Ordnung:  
 1. Begräbniswesen.  
 2. Bericht von der Ge-  
 neralversammlung.  
 3. Bericht vom Ortsaus-  
 schub.  
 4. Bericht von d. Lohn-  
 verhandlungen.  
 9383) **Der Vorstand.**

**Zentralverband  
 der Zimmerer**  
 Bezirk Lübeck.

**Mitglieder-  
 Versammlung**  
 am Freitag, 17. Novbr.  
 abends 7 1/2 Uhr  
 im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:  
 1. Bericht von den Lohn-  
 verhandlungen.  
 2. Innere Verbandsan-  
 gelegenheiten.  
 9371) **Der Vorstand.**

**Zentral-Theater**  
 Johannisstr. 25.  
 Fernruf 1359.

**Luciano  
 Albertini**  
 von jung und alt be-  
 jubelt in seinem Ber-  
 liner Kienfilm  
**Die Heimkehr  
 des Odysseus**  
 bringt täglich ein  
 volles Haus.  
 Wer sehen will,  
 frühzeitig erscheinen  
 Preise von 80-110 Mk.  
 Außer dem  
**2 Großfilme.**  
 3 Stund. Vorführung.  
 Orchestermusik. (9395)

**Der Harz**  
 i. d. Aula d. Johanneums  
 Sonnab. 8 U. abds. (9359)

**Fledermaus**  
 9366

**Hania-Theater.**  
 Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
**Fledermaus**  
 Stroh Dir. Ernst Albert  
 (9372) als Gast,  
 Augerd. Balletmeisterin  
 Martha Luise Stolze in  
 ihren Tanzentagen  
 als Gait.  
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
**„Griert“.**  
 Freitag 7 1/2 Uhr:  
**Hoi' mich der Teufel!**

**Plattidütsche Volksgill  
 to Lübeck.**  
 Freitag, den 17. Nov. 8  
 Königstr. 5:  
 1. Literarische Abend.  
 Vordrag von Dir. Prof.  
 Oldörp:  
**Fris Rentier.**  
 Eintritt free. (9396)

**Stadttheater Lübeck**  
 Mittwoch 7.30, Ab. C:  
 Fidelio. (9380)  
 Donnerstag, 7.30, Ab. C:  
 Die Falschbahn, Die  
 Medaille.  
 Freitag, 7.30 U., Ab. C:  
 Die toten Augen.  
 Sonnab. 7 Uhr: Julius  
 Cäsar (außer Abonn.)

**Trocadero.**  
 Schlüsselbad. A. F. 787

Täglich  
 ab 5 Uhr nachm.:  
**Fred-Leisner-  
 Stimmungs-  
 Konzerte.**

## Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 15. November.

### Gerhart Hauptmann.

Nennt immerhin mein Werk, wenn ich es nenne;  
ein Glodenspiel! Dann aber eins,  
wie keines Münters Glodenspiele je  
es noch umschloß, von einer Kraft des Schalles,  
an Ungewalt, dem Frühlingsdonner gleich,  
der brünstig brüllend ob den Triften schillert;  
und so: mit weiternder Wellen Laut  
mach' es verstummen aller Kirchen Gloden  
und künde, sich in Juchzen überschlagend,  
die Neugeburt des Lichtes in die Welt.  
Urmutter Sonne! Dein und meine Kinder,  
durch deiner Brüste Milch emporgejagt —  
und so auch dieses, brauner Krum entlockt  
durch nährend heißen Regens ewigen Strom:  
sie sollen künftig all ihr Jubeljauchzen  
gen deine reine Bahn zum Himmel werfen.  
Und endlich, gleich der graubedackten Erde,  
die jehund grün und weiß sich dir entrollt,  
hast du auch mich zur Opferlust entzündet.  
Ich opfre dir mit allem, was ich bin! —  
O Tag des Lichtes, wo zum ersten Male  
aus meines Blumentempels Marmorhallen  
der Webedonner ruft — wo aus der Wolke,  
die winterlang uns drügend überlastet,  
ein Schauer von Juwelen niederregnet,  
wonach Millionen starrer Hände greifen,  
die, gleich durchbrannt von Steineszaubertraut  
den Reichtum heim in ihre Hüften tragen:  
dort aber lassen die die leidenden Banner,  
die ihrer harren — ach, wie lange schon! —  
und Sonnenpilger, pilgern sie zum Fest.  
Von leidenden Fahnen flüsternd überaus,  
so ziehn die Scharen meinem Tempel zu.  
Und nun erklingt mein Wunderglodenspiel  
In süßen, brünstig süßen Lockelaute,  
daß jede Brust erschlägt vor weher Luft:  
es singt ein Lied, verloren und vergessen,  
ein Heimatlied, ein Kinderliebeslied,  
aus Märchenbrunnentiefen aufgeschöpft,  
gekantet von jedem, dennoch unerhört.  
Und wie es anhebt, heimlich, zehrend-bang,  
halb Nachtigallenschnörz, halb Traubenschloß —  
da bricht das Eis in jeder Menschenbrust,  
und Haß und Groll und Mut und Qual und Pein  
erschmilzt in heißen, heißen, heißen Tränen.  
(Heinrich in der „Verfunkenen Glode“)

### Die ungeheuren Milchpreise.

Der Wehn der Milchpreisbestimmung hat die höchste Notwendigkeit wohl endlich erreicht und endlich muß die Behörde energisch gegen den Unsin der Milchpreisbestimmung einschreiten!

Heute zahlen wir für Milch 170 Mark für das Liter, weil die Butter 1620 Mark kostet. Wenn nun tüchtige Bauern, Melereien usw. schlau sind und möglichst wenig Butter auf den Markt bringen, dann ist die Butter knapp und erzielt naturgemäß einen Klempnerpreis, und nach diesem Preis, den nur gewisse Kreise bezahlen können, wird dann der Milchpreis für die Jüngsten des Volkes, für das kommende Deutschland, bestimmt.

Fürwahr, wenn nicht jeder gerecht denkende Mensch bearrt, welcher Verbrechen jeden Tag die an diesem Milchpreis beteiligten Kreise begehen, dann wird es höchste Zeit, daß die gesamte Bevölkerung sich energisch aufrafft und verlangt, daß die maßgebende Behörde diesem Uebel sofort abhilft. Es muß unbedingt die Milch werft für die Kinder und Kranken referiert werden zu einem Volkspreis, den jeder, auch der Vermiste, bezahlen kann!

Es ist nicht anständig, jetzt Tausenden kleiner Kinder die Milch zu entziehen, damit die notleidende Landwirtschaft aus diesem Volksnahrungsmittel einen Riesengewinn erzielt, der doch nur zu den anderen in Milchbännen ruhenden Millionen beizutritt.

Die Regierung muß Mittel und Wege finden, um die Kinder vor Verelendung zu schützen. Und geht es nicht im Guten, dann muß eben ein ganz energischer Zwang durch ein allerhöchstes Gesetz ausgeübt werden.

Notabene, dieser Ton wird nicht etwa in dem „hekerischen“ Volksboten angeschlagen, sondern in dem jeder Zwangsstaat abholbaren, kapitalistischen Hamburger Fremdenblatt. Wenn die Spießer wild werden . . .

### Die neue Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Der abgeänderte Steuertarif, mit dem sich der Reichsrat befaßte, sieht vor, daß die Grenze des steuerbaren Einkommens, bei der nur zehn Prozent zu erheben sind, auf das Vierfache erhöht wird. Es sind zu zahlen:

bei einem steuerbaren Einkommen von 400 000 M	10 %
bei weiteren 200 000 M	15 %
„ „ 200 000 M	20 %
„ „ 600 000 M	25 %
„ „ 800 000 M	30 %
„ „ 800 000 M	35 %
„ „ 800 000 M	40 %
„ „ 800 000 M	45 %
„ „ 400 000 M	50 %
„ „ 400 000 M	55 %
und für alle höheren Beträge	60 %

Die allgemeine Einkommensteuer ermäßigt sich um je 2400 M für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 400 000 M beträgt und um je 4000 M für minderjährige Kinder. Außerdem sind besondere Ermäßigungen für Steuerpflichtige über 60 Jahre vorgesehen, deren Einkommen 200 000 M nicht überschreitet. Bezüglich der Lohnsteuer betragen die Abzüge für 1923 für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau bei monatlicher Lohnzahlung 200 M, bei wöchentlicher Lohnzahlung 48 M und bei täglicher Bezahlung am 8 M, für jedes Kind bis zum Alter von 17 Jahren 400 M monatlich, 90 M wöchentlich und 16 M täglich. An Werbungskosten dürfen für 1923 abgezogen werden bei monatlicher Lohnzahlung 450 M, bei wöchentlicher Zahlung 103 M und bei täglicher Zahlung 18 M.

Auch für 1922 ist der Steuertarif abgeändert worden, und zwar steht die Regierungsvorlage eine Ermäßigung des Steuertarifes vor. Der Betrag, bis zu dem die Steuer nur 10 % beträgt, ist von 100 000 M auf 250 000 M erhöht worden. Die Einkommensteuer beträgt:

bei einem steuerbaren Einkommen von 250 000 M 10 %

bei weiteren 125 000 M	15 %
„ „ 125 000 M	20 %
„ „ 125 000 M	25 %
„ „ 375 000 M	30 %
„ „ 500 000 M	35 %
„ „ 500 000 M	40 %
„ „ 500 000 M	45 %
„ „ 200 000 M	50 %
„ „ 200 000 M	55 %
bei weiteren Beträgen	60 %

Die Abzüge von der allgemeinen Einkommensteuer für 1922 sollen betragen je 340 M monatlich für den Ehemann und dessen Ehefrau und je 610 M für jedes Kind. Mit der Erhöhung dieser Abzüge soll, wie der Referent betonte, ein Ausgleich dafür geschaffen werden, daß für das Kalenderjahr 1922 aus steuerrechtlichen Gründen eine Abänderung der Abzüge bei der Lohnsteuer nicht möglich wäre. Die Lohnsteuer betreffend hat die Regierungsvorlage für 1922 mit der Abänderung getroffen, daß die Besteuerung mit 10 Proz. erst bei einem Einkommen von 250 000 M beginnen soll.

Die neuen Steuertarife wurden im Reichsrat angenommen; jetzt müssen sie noch den Reichstag passieren.

### Der Adjutant.

Es gibt nichts Neues unter der Sonne, sagte der selige Ben Affiba. Wir wissen, daß er ein falscher Prophet ist, denn wir finden fast täglich Fimfelnagelneues. Da stand z. B. in einer Zeitung dieses Inserat:

#### Hauptmann a. D.

40 J., kaufm. geb. groß. Organ-Talent,

1. sofort od. später Stellung als

#### Adjutant

b. Großkaufmann od. Direktor

e. U.-G. od. Industrie. Berlin.

Ein gewöhnlicher Sterblicher freilich wird inserieren: Ich möchte eine Stellung in einem kaufmännischen Geschäft haben. Doch ein Hauptmann ist eben kein gewöhnlicher Sterblicher, und Adjutant eines Kaufmanns — darauf ist bisher noch keiner gekommen.

Der Herr Hauptmann kennt die Geschichte, die ihn gelehrt hat, daß es königliche Kaufleute gibt, und mit dem Schatzkammer, den man an preussischen Offizieren immer schätzen mußte, ist ihm eingefallen, daß es gilt, hier eine Lücke zu füllen.

Könige kennt man nicht ohne Adjutanten, und, so kalkuliert der schlaue Herr, königliche Kaufleute müssen sich natürlich auch einen Adjutanten anschaffen.

Und der Herr Hauptmann ist noch mal so gut, sich dazu herzugeben.

Man denke nur: ein richtiggehender Hauptmann, der früher die besten und begünstigsten Ausichten hatte, zum Adjutanten eines richtiggehenden Königs zu avancieren, läßt sich herab, Adjutant eines Kaufmanns zu werden.

Die Kaufleute aber werden sich reifen um den Adjutanten und der Herr Hauptmann wird sicher auf sein Inserat so viele und so verlockende Angebote erhalten, daß er nicht wissen wird, wem er seine geschätzte Kraft zur Verfügung stellen soll.

Dem Kaufmann wird es gewiß auch gar nicht darauf ankommen, seinem Adjutanten eine schöne und schmutze Uniform anzufertigen zu lassen. Dann sind alle Teile zufriedengestellt. Der Kaufmann, der nur Sinn für Notwendiges und Nützliches hat, der Herr Hauptmann, dessen Sehnsucht nach altem Glanz gestillt ist, und das Publikum, das endlich mal wieder eine feine Uniform schauen kann, nachdem es sich an den farblosen Zivilisten müde und matt gesehen hat.

Wie man in Lübeck der Finanznot abhilft. Die Finanzlage Lübeck ist peinlich bedrückt, dem Staate ja keinen Pfennig Abgaben entgegen zu lassen. Sie führt sorgfältig Buch über die kleinste Spesenberechnung; und nicht nur das. Um den Betrag von einer Mark und 50 Pfg. dem leeren Staatskäsele zuzuführen, wird dem Schuldner ein respektables Aufrechnungsformular zugestellt, das mindestens 2 Pf. pro Stück Selbstkosten verursacht. Ein Beamter geht sich mindestens eine Viertelstunde hin, um die doppelten Eintragungen vorzunehmen, ein zweiter wird mit der Gegenrechnung beschäftigt und schließlich wird noch ein Kuvert im Werte von 50 Pfg. verwandt. Damit die Geschichte nicht zu billig wird, geht sich ein Bote in Bewegung und überbringt dem Schuldner die Forderung. Rechnet man dann noch die Unkosten bei der Begleichung hinzu — die Zeitverluste des Schuldners ganz außer Betracht —, dann summieren sich die Unkosten gering berechnet, auf 150 M. Und das alles, um eine Mark und 50 Pfg. der Staatskasse zu retten. Da es sich gewiß um kein weltbewegendes Geschäft handelt, hätte man lieber diese Spartein gleich einziehen und dem Staate das Hundertfache des Betrages ersparen können, — wenn eben der Amtschimmel nicht so grau und altersschwach klappern würde.

Die Volkshochschule und Lübecker Volkshochschulverein hielten am Sonnabend eine allgemeine Hörerversammlung ab, die sich mit Neuwahlen, der Erhöhung der Hörergebühren, der Einrichtung des nächsten Unterrichtsabchnittes und der Gründung eines V. H. Sch.-Vereins beschäftigte. Der alte Ausschuss wurde wiederverwählt. An Stelle eines verstorbenen Mitgliedes wurde H. Gogowsky delegiert. Als Vertreter der Hörerschaft im V. H. tritt Hr. Stein neu hinzu. Beschlossen wurde, für den Lehrgang 120 M. Hörergebühr zu erheben. Eine Erhöhung von 40 auf 120 M. war nötig, weil der Staat eine Entlastung des Haushaltsplanes forderte. Für Wissensurthigkeit ist dieser Betrag zu tragen. Bildungsbeihilfen werden deshalb doch die Volkshochschule besuchen. Die Satzungsänderungen wurden angenommen. Danach finden die V. H. Sch.-Kurse nur noch im Winterhalbjahr statt (außer Ferienkursen im Sommer). Gemünscht wurde, die feinerzeit fallengelassenen Kurse wieder einzuführen. Hierzu ist zu bemerken, daß die Oblate der einzelnen Kurse sich in ihren Arbeitsgemeinschaften mit den Hörern über diese Frage unterhalten. Der Vorstand des Hörerausschusses wird sich dann mit den einzelnen Arbeitsgemeinschaften ins Benehmen setzen. Auch hier spielt die Finanzfrage eine große Rolle. Die Gründung eines „Lübecker Volkshochschulvereins“ wurde vorgenommen. Zweck und Ziel sollten sein, Förderung der Lüb. V. H. Sch., der V. H. Sch.-Bewegung im Besonderen und der Volksbildung im Allgemeinen. Mitglieder können werden alle Hörer und Lehrer der jetzigen oder früheren Kurse der Lüb. V. H. Sch. und Betriebsratschule (ordentliche Mitglieder), ferner Personen oder Vereine oder Körperschaften, die die Bestrebungen des Vereines unterstützen und fördern wollen (fördernde Mitglieder). Als Mitgliedsbeitrag wurden für das laufende Vereinsjahr (1. Oktober bis 30. September) 30 M. festgesetzt. Den geschäftsführenden Vorstand bilden: Marr, Behrens, Gogowsky, Hr. Stein und Hr. Arnold. Sämtliche Hörer und Hörerinnen der Lüb. V. H. Sch. werden gebeten, geschlossen dem Verein beizutreten. Die erste Versammlung findet am Mittwoch, dem 29. November statt, die die endgültige Wahl des Vorstandes vornehmen wird. Satzungen und Aufnahmehesime sind im Geschäftszimmer der Lüb. V. H. Sch. unentgeltlich zu haben. Ferner wird für die Oblate der ein-

zelnen Arbeitsgemeinschaften eine Liste angefertigt, in die sich die Hörer eintragen können. Marr, Vorst. d. Hörer-Ausschusses der Lüb. V. H. Sch.

Stadttheater. Die Zofej's Legende-Aufführungen werden als Nachvorstellungen aufgeführt. Die Vorstellungen beginnen 10 Uhr abends und sind vor 11 1/2 Uhr beendet. Es ist möglich, bei diesen Nachvorstellungen die Preise etwas zu ermäßigen. Der Spielplan ändert sich dadurch infolgedessen, als Sonntagabend 7 Uhr die Operette Gaijparone zur Aufführung kommt. Die Aufführung der „Zofej's Legende“ darf als ein Ereignis der Spielzeit bezeichnet werden. Als 1914 in Paris die Uraufführung der Legende unter der persönlichen Leitung des Komponisten stattfand, dachte wohl niemand, daß nach der überaus begeisterten Aufnahme, die das Werk hatte, 7 Jahre vergehen würden, bis es wieder zur Aufführung kommen konnte. Die ungeheuerlichen Schwierigkeiten, die das in musikalischer choreographischer und technischer Beziehung sehr anspruchsvolle Werk verursachte, hinderte auch die größten Bühnen während des Krieges an einer Aufnahme in ihren Spielplan. Heute würde es selbst für ein großes Theater unmöglich sein, die kostümliche Ausstattung zu beschaffen. Eine Aufführung ermöglicht sich nur durch die Tournee des Balletmeisters Semmler aus Bern-Zürich, der die gesamte erstklassige Kostümausstattung stellt und die Einstudierung übernommen hat. Der berühmte russische Tänzer Saitja Leontjew aus Berlin tanzt den Zofej, Potinkars Weib; Ame Schwenninger-Schweiz, die alle die anerkant beste Darstellerin dieser Partie gelten soll. Den Potinkar spielt Herr Prohaska, und fast das gesamte Solo-, Chor- und Ballettpersonal wirkt in der Pantomime mit.

Vorfälle der Ausweise für Radfahrer. Der Zwang zur Führung eines amtlichen Ausweises, verbunden mit den Unständlichkeiten seiner Beschaffung bei den Gemeindebehörden, wird von den Radfahrern als überflüssige Belastung empfunden und deshalb von allen Radfahrerorganisationen seit vielen Jahren bekämpft. Auf eine Anfrage aus dem Reichstage, ob die Reichsregierung den Forderungen der Radfahrer Rechnung tragen werde, hat der Reichsverkehrsminister geantwortet, daß sich die Länder sämtlich dafür ausgesprochen haben, daß von den Radfahrern ein persönlicher Ausweis in Zukunft nicht mehr gefordert werden soll. Der Reichsverkehrsminister hat deshalb die obersten Landesbehörden gebeten, die Polizeiverordnungen, die auf Grund der vom Bundesrat am 14. März 1907 angenommenen Grundzüge betr. Radfahrerverkehr erlassen worden sind, entsprechend zu ändern.

Eine weitere Erhöhung der Eisenbahnpersonentaxen wird mit Wirkung vom 1. Dezember ab eintreten. Die Sätze werden um weitere 100 %, also auf das Vierfache der vom 1. Oktober ab geltenden Tarifrätze erhöht werden. Da es bei der Kürze der vorhandenen Zeit nicht möglich ist, alle Fahrkarten neu zu drucken oder die Preisänderung durch Abstempelung zu bewirken, werden die Fahrkartenausgaben der Eisenbahnen die Fahrkarten vorläufig vom 1. Dezember ab zu dem vierfachen Betrage der auf ihnen angegebenen Preise verausgaben.

Lübeckische Stadtbibliothek. Gerhart Hauptmann und Arno Holz, den Herzenkündigern des Proletariates und großen deutschen Dichtern, die, seit gleichaltrig, ihr sechzigstes Lebensjahr vollenden, gilt die neue Doppelausstellung von Werken unserer Stadtbibliothek. Die Werke können mit dem Beginne der kommenden Woche entliehen und inzwischen vorbestellt werden.

pb. Diebstähle. Festgenommen wurde ein junger Mann, der einem Landmann in Cashagen 4 Gänse gestohlen hatte. Auch sein Komplize, ein Arbeiter aus Mönkhagen, wurde festgenommen. — Festgenommen wurde ein in der Ziegelstraße wohnhafter Arbeiter, der einen Zentner Salz gestohlen hat. — Festgenommen wurden ferner ein Heizer, ein Arbeitsbursche und Schiffsjunge, die gemeinschaftlich einen Matrosen eine Brieftasche mit einem nicht unerheblichen Geldbetrag gestohlen hatten, sowie zwei wohnungslose Arbeiter, die ein größeres Quantum Mehl gestohlen hatten. — Wegen Diebstahls festgenommen wurde eine Hausangestellte aus Ikehoe, sowie ein 17-jähriger Knecht aus Berlin, der seinem Nebenbrot in Sirksrade Kleidungsstücke gestohlen hatte. — Wegen Diebstahls von Kleidungsstücken wurde außerdem ein Jäger aus Rostock festgenommen, der einen Anwohner in der 7. Querstraße bestohlen hatte. — Aus der Toilette eines Vergnügungsgelafes wurde eine 1 1/2 Meter langes Stück bleernes Wasserleitungsrrohr gestohlen. — Aus einem Hause der Schwarztore Allee wurde ein braungrauer Mantel, ein rothbrauner Damenmantel, eine grünbraune Strickjacke und eine lila Strickjacke mit hunter Kante gestohlen.

pb. Bankdiebe. Erwischt wurden von der hiesigen Kriminalpolizei zwei Bankräuber aus Doberan, die dort bei der Depositen- und Wechselbank angestellt waren. Sie hatten aus jener Bank einige Scheidstücke gestohlen. Es war ihnen durch gefällige Scheidungen, in Rostock und anderen Städten Gelder in Höhe von zusammen 200 000 Mark zu erschwindeln. Mit ihrem Raube besten sie danach in verschiedenen Städten Mecklenburgs, bis sie hier ihr Schicksal erreichte. In ihrem Besitz konnten noch 162 400 Mark gefunden und beschlagnahmt werden.

k. Schlutup. In der letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereines hielt Gen. Haut einen der Bedeutung des Tages angemessenen Vortrag über die Entstehung und Ertrungenschaft der Revolution. Die gutbesuchte Versammlung versprach, die Erfolge der Republik hoch zu halten und weiter auszubauen. Das Andenken des verstorbenen Genossen Wilsch. Behrens wurde in üblicher Weise geehrt. Zur Aufnahme hatten sich 5 Genossen gemeldet. Eine Anrede des Vorsitzenden zur Anschaffung einer Fahne fand bei der Versammlung in Anbetracht der ungünstigen Verhältnisse nicht die nötige Unterstützung. Gen. Haut wurde erlucht, in der Bürgerkassette dafür zu wirken, daß der Spielplatz des A.T.V. endlich in Angestift genommen wird. Auch eine Steuerbeihilfe wäre hier sehr am Platze. Der Vorsitzende bat dringend, tüchtig für den Volksboten zu agitieren und die Presse tatkräftig zu unterstützen.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Donnerstag: „Die Lokalbahn“ und „Die Medaille“. Freitag: „Die toten Augen“. Sonnabend außer Abonnement: „Julius Cäsar“. Zu dieser Vorstellung erhalten sämtliche Schüler gegen Ausweis der Schule halbe Preise.

### Angrenzende Gebiete.

Palente. Die Fahrt ins Blaue. Mit dem Eisenbahn-Fuhrwerk seiner Herrschaft durchgebrannt ist der Rutscher Burmeister des Ziegeleibehrsers Hampel, während dieser sich am Sonntag zu einer Familienfeier nach Lübeck begeben hatte. Das Fuhrwerk bestand aus einer dunkelbraunen tragenden Stute und einer zweifarbigen braungegrühenen Dogart. Außer dem zugehörigen Geschirr hat der Dieb auch noch ein neues Seilegeschirr und zwei Saß Weizen mitgenommen.

Hamburg. Die Wege der Nationalisten. Es ist bekannt, daß das Reich der Nationalisten über ganz Deutschland ausgebreitet ist. Überall gehen die Fäden. Ein kleines Beispiel wollen wir wieder geben. In München besteht eine Andreas Hofer G. m. b. H., Maschinen-Gesellschaft, Holz- und Eisenbearbeitungsmaschinen, Elektromotoren. Welcher Art die Geschäftsverbindungen dieser Gesellschaft mit dem eigenartigen Namen sind, geht aus nachstehendem Schreiben, das an den Nationalverband deutscher Offiziere, Bremen, gerichtet ist, hervor:

München, den 5. 11. 1922.  
Theresienstr. 10 u. 12.

Sehr geehrter Herr Kamerad!  
Ich habe eine Sendung Kollis nach Hamburg unterwegs und möchte ich den Herrn Kameraden erjuchen, mir freundlichst mittelst beigefalteter Freimarken einen treuen und ehrlichen Speditur aufzugeben, bei welchem ich diese Kollis zu einem möglichst billigen Preis einlagern kann.

Ich danke dem Herrn Kameraden für die Freundlichkeit und zeichne, für Gegendienste mich stets bereit erklärend, mit deutschem Gruß ganz gehorsamt!  
Direktor Werther Sehlagef,  
Oberleutnant a. D.

Es werden eigenartige Elektromotoren und Holzbearbeitungsmaschinen sein, die die Andreas-Hofer-Gesellschaft durch Vermittlung der Bremer „geehrten Herren Kameraden“ in Hamburg bei einem „treuen und ehrlichen“ Speditur einlagern will. Der Nationalverband deutscher Offiziere, bekanntlich eine Organisation, die weder mit Luitchen noch mit Utentaten so das geringste zu tun gehabt hat, wird schon wissen, warum er sorgfältig den Lagerplatz für diese Kollis auswählen soll. Die Bearbeitungsmaschinen müssen doch jederzeit „greifbar“ sein, wenn der Tag der Nationalisten kommt.

Hamburg. Brandunglück auf einem Dampfer. In Bord des norwegischen Dampfers „Kona Erik“ entstand Montag morgen in den mittschiffs liegenden Offiziers- und Mannschaftslogis Feuer, das die gesamten Unterkunftsräume vernichtete. Die Flammen breiteten sich derart schnell aus, daß es nicht allen Leuten gelang, sich zu retten. Ein Opfer der Flammen wurden der norwegische Lotse, eine Stewardess und der Schiffsfach. Als Ursache kommt wahrscheinlich in Frage, daß der Kochsack, als er einen Kameraden wecken wollte, ein brennendes Zsigli auf einen Pappkarton stellte und dann das Logis verließ. Wahrscheinlich wird das Licht umgefallen sein und hat die in dem Karton befindlichen Kleidungsstücke in Brand gesetzt.

Hamburg. Naturalleistung für Schulgeld. Die Landwirtschaftskammer der Provinz Hannover hat das Schulgeld der von ihr geleiteten landwirtschaftlichen Schulen in Naturalien festgelegt. Die dem Beispiel ist auch der Kreisauschuss für den Landkreis Harburg gefolgt. Mit einem Schulgeld von eventuell 2000 Mk. glaubt der am 27. Juli d. J. stattgefundene Kreisrat bei der Winterschule in Lohstedt auskommen zu können. Der Unterricht auf dem Geldmarkt hat alles über den Haufen geworfen. Jetzt hat der Kreisauschuss beschlossen, als Schulgeld zwei Zentner Roggen zu fordern. Das macht nach der Berliner Notierung vom 1. November 20 000 Mk. aus.

Kopenhagen. Fang eines Riesenhai. Ein äußerst seltener Fang gelang dem in der nördlichen Nordsee zwischen den Scherlandsinseln und der norwegischen Küste fischenden, der deutschen Gesellschaft A. G. gehörenden Fischdampfer „Barthol“. Als das Netz hochgeholt wurde, zeigte sich darin ein riesiger Fisch. Mit großer Mühe gelang es, das Riesentier an Deck zu bringen und zu töten. Der Fisch, der am Montag am Kopenhagener Fischmarkt gelandet wurde, erwies sich als ein ausgewachsenes Exemplar des Riesenhai. Das Tier hatte eine Länge von 7 Meter und ist wahrscheinlich das erste dieser Größe, das in einem deutschen Hafen an Land gebracht wurde. Der Riesenhai ist in der Nordsee äußerst selten. Der Fisch ist kein Raubtier wie keine Verwandten, sondern nährt sich namentlich von kleinen Krebstieren des Meeres. Der Hai wog schätzungsweise 70 bis 80 Zentner. Die Leber, die aus dem Tiere bereits an Bord entfernt wurde, hat nach Angabe des Kapitäns etwa 1500 Pfund gemessen. Sie dient zur Teianfabrikation. Der Fisch wurde in der Auktion des Kopenhagener Fischmarktes für 100 000 Mark verkauft. Sein Fleisch ähnelt dem Kalbfleisch und schmeckt ausgezeichnet, was bei der Nahrung des Tieres, die ja hauptsächlich aus Krebstieren besteht, nicht weiter verwunderlich ist.

Wilhelmshaven. Ein zwanzigjähriger Millionär. Die Rührer Polizei verhaftete den auf einer hiesigen Abwasserwerk tätigen zwanzigjährigen Sutanangehellen Otto Grebe. Dieser hat im Laufe der letzten 16 Waggons Metall im Werte von vielen Millionen Mark, das er zur Verfertigung bringen sollte, auf eigene Rechnung vertrieben. Der junge Mann fiel seit längerer Zeit durch sehr noble Pastionen auf. Er hatte eine Geliebte, mit der er im Automobil regelmäßige Ausfahrten in die Umgebung machte. Der Kraftwagen und mehrere Sanftkurhaben wurden beschlagnahmt.

Bremen. Ein Streik in der Bremer Metallindustrie ist Montag mittag ausgebrochen. Der Streik erstreckt sich über sämtliche Landbetriebe der Bremer Metallindustrie, also nicht auch auf die Meisten. Es kommen 27 größere und große Betriebe in Frage. Die Zahl der freitenden Metallarbeiter beträgt 5000 bis 6000.

# Gewerkschaften.

**Zohnsteuer und Gebührentwertung.** Der rapide Sturz der Mark bedeutet für die Arbeiterklasse eine ernste Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Lage. Die Löhne vermögen der Entwertung des Geldes nicht nachzuhalten; die Kaufkraft der Nominallöhne wird immer geringer. Hinzu kommt, daß gleichzeitig automatisch mit der Erhöhung der Nominallöhne der Prozentsatz wächst, den die Lohn- und Gehaltsempfänger als Einkommensteuer von ihrem Einkommen abzugeben haben. Die in absoluten Zahlen festgesetzten Abzüge für Werbungskosten fallen den ständig wechselnden Steuerbeträgen gegenüber immer weniger ins Gewicht, so daß der Prozentsatz der tatsächlichen Abgabe ständig steigt. Für die meisten Arbeiterkategorien hat er sich bisher seit dem Juli dieses Jahres verdoppelt. Berücksichtigt man ferner, welches Ausmaß die Abzüge für die Sozialversicherung vom Arbeitslohn angenommen haben und rechnet man die Gewerkschaftsbeträge ab, so ergibt sich insgesamt eine Belastung, die etwa ein Viertel des Bruttoerdienstes beträgt. Eine erhebliche Verschlechterung der Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger ist dabei unvermeidlich, und die durch den Marksturz hervorgerufene Verschärfung der Einkommensteuer hat dabei am stärksten ins Gewicht. Auf der anderen Seite gibt das Fortschreiten der Marktentwertung allen Kreisen, die nicht von der Lohnsteuer betroffen sind, die Möglichkeit, sich bei der Bezahlung der Einkommensteuer steuerlich zu entlasten. Sie zahlen ihre Steuern im Jahr später mit einem Gelde, das auf ein Zehntel seines Wertes oder noch weiter gesunken ist, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Veranlagung bei diesen Kreisen nicht so scharf durchgeführt wird wie bei den Lohn- und Gehaltsempfängern. Das sprechendste Beispiel hierfür bietet die Zwangsanleihe, die heute nicht mehr eine Goldmilliarde, sondern kaum 100 Goldmillionen wert ist. Dabei sind auf die 70 Papiermilliarden bisher nur etwa 2,5 Milliarden Mark eingezahlt, — ein Beweis, daß der deutsche Volk auf die weitere Entwertung der Mark zum Nachteil für die Finanzen des Reiches spekuliert. Gegen diese Entwicklung, die von den Lohn- und Gehaltsempfängern immer härter empfunden wird, muß rasch eingeschritten werden, einmal um der Verschlechterung der Lebenshaltung durch die automatische Verschärfung der Einkommensteuer entgegenzuwirken, dann um die immer drückender werdende soziale Ungerechtigkeit in der steuerlichen Belastung auszugleichen. Die Reichsregierung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hat deshalb einen Antrag auf Abänderung des Einkommensteuergesetzes eingebracht, der dem Schutze der Lohn- und Gehaltsempfänger dienen soll. Er verlangt eine Wänderung des Tarifs entsprechend der Geldentwertung. Insbesondere verlangt er eine Vereinfachung der Abzüge für das Existenzminimum und für Kinder, sowie eine Vereinfachung der Werbungskosten. Die Abzüge für Mann und Frau sollen demnach 160 Mk. für jedes Kind 320 Mk. und für Werbungskosten 450 Mk. monatlich betragen. Diese Regelung kann selbstverständlich nur ein Provisorium darstellen, bis die Einkommensteuer gründlich durchgearbeitet werden kann unter dem Gesichtspunkte, daß mit fortschreitender Geldentwertung sich ihre Sätze automatisch verändern. Zu den Maßnahmen, die noch ergriffen werden müssen, gehört auch die Festsetzung einer monatlichen Korrekturaufschlagspflicht der Veranlagungspflichtigen, die entsprechend der Geldentwertung festzusetzen ist. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion will jedoch zunächst einmal die Lohn- und Gehaltsempfänger gegen die schrittweisen Härten und Ungerechtigkeiten schützen, mit denen sie die Lohnsteuer nach den bisherigen Sätzen infolge des raschen Marksturzes bedroht.

**Der Deutsche Transporarbeiterverband im Jahre 1921.** Am Schluß des Jahres 1920 zählte die Organisation 578 357 Mitglieder, ein Jahr später waren es 567 447. Der Rückgang kommt vor allem auf das Konto der weiblichen Mitglieder, deren Anteil am Gesamtmitgliedsbestand von 77 632 auf 58 050 fiel. Tugendliche Mitglieder zählte die Organisation 13 275 männliche und 1232 weibliche, im ganzen 733 mehr als am Ende des vorigen Jahres. Die Einnahme des Verbandes stieg (einschließlich Bekand) von 37 669 237,99 Mk. auf 66 178 620,55 Mk. Diese Summe enthält die Abrechnungen der Ortsstellen, die 95 286 462,74 (57 872 190,67) Mk. einnahmen, von denen 54,5 Millionen an die Hauptkasse übermiesen wurden. Von 6643 Bewegungen, die der Verband einleitete und von denen 99,2 v. H. erfolgreich waren, kam es in 103 Fällen zum Streik, wovon über 80 000 Personen erfaßt wurden. Die Organisation hatte 14 551 734,38 Mk. für Streiks und Lohnbewegungen zu zahlen. Dazu kamen noch 2 155 253,46 Mk. aus Ortsmitteln, so daß die Streiks und friedlichen Bewegungen eine Ausgabe von 17 699 992,84 Mk. erforderten. Diese Ausgabe trug aber vollständige Zinsen: Für 774 710 Besatzungsangehörige gelang es, eine Lohnersatzung von 5 321 112 732 Mk. herauszuholen, was für jeden Besatzungsmitglied 7145,32 Mk. im Jahr oder 137,41 Mk. in der Woche ausmacht. Außerdem nahmen 6168 Verbandmitglieder an Bewegungen anderer Organisationen teil und erzielten dadurch einen jährlichen Mehrerdienst von gut 20 Millionen Mark (durchschnittlich für jeden 3282,76 Mk. im Jahr oder 63,16 Mk. in der Woche). Das ist ein großer Erfolg und man muß schon Kommunist sein, um, wie dies bei der ersten Bekanntgabe der Zahlen, höhnisch zu fragen, was denn daran großes sei, wenn der Dollar auf 3600 Mk. stehe. Als der Mehrerdienst herausgeholt wurde, hatte der Dollar einen Durchschnittswert von 90 Mk. und die 5 1/2 Milliarden Mark hatten wirklich etwas zu bedeuten. Im ganzen wurden 401 Tarife neu abgeschlossen und 94 Tarife erneuert. Diese 1355 Tarife ergaben 651 515 Personen in 51 128 Betrieben. Am Jahreschluß hatte

der Verband einen Bestand von 1651 Tarifen, die für 694 300 Personen in 68 542 Betrieben gültig waren. Neben der Streikunterstützung erforderten die übrigen Unterhaltungsabteilungen 9 188 034,96 Mk. aus der Hauptkasse und 718 058,57 Mk. aus den Lokalkassen, zusammen 9 900 093,53 Mk. Stellt man zusammen, was den Mitgliedern unmittelbar wieder zufließt, so erhält man eine Summe von 26 940 086,37 Mk. Die Verbandsorgane beschlagnahmten rund 6 Millionen Mark (im Oktober 1922 nur für Druck und Papier weit über 4 Millionen Mark.) Was in allem betrug die Ausgabe der Hauptkasse 41 422 712,27 Mk. Die Organisation verfügte Ende 1921 über 18 755 908,59 Mk., wozu ein Ortsstellenbestand von 10 485 997,68 Mk. kam, so daß das Gesamtvermögen 29 241 906,27 Mk. betrug (am Ende des zweiten Quartals d. J. 44 374 278,27 Mk.).

# Aus aller Welt.

**Schiffsuntergang in der Nordsee.** Der Danziger Dampfer „Progress“ mit 16 Mann Besatzung von Schottland mit einer Kohlenladung nach Stolpmünde unterwegs, ist bei dem letzten Sturm in der Nordsee mit Mann und Maus untergegangen. Die Danziger Reederei hat durch den Tod der größtenteils aus Danzigen bestehenden Mannschaft und den Untergang des Dampfers einen schweren Verlust erlitten.

**Die Opfer des Erdbebens in Chile.** — 1500 Tote. Bei dem Erdbeben in Chile handelt es sich um eine Katastrophe, wie sie die Menschheit nur selten erlebt hat. Zwischen Jaquie und Valdivia waren die Städte am stärksten bemerkbar. In Coquimbo und Copiapo, die fast vollkommen von der Erdoberfläche verschwunden sind, werden rund tausend Tote gezählt, in Valdivia sind 500 Tote zu beklagen. Ein Bericht der „Associated Press“ aus Santiago besagt, daß die Sturmflut einige Minuten nach dem zweiten Stoß des Erdbebens einsetzte. Eine riesige Welle von mehr als 20 Metern schlug gegen das Land, und ergoß sich über die zusammenstürzenden Häuser, die Hunderte von Menschenleben unter sich begrub. Die meisten Leichen werden gar nicht gefunden werden können, weil das sich zurückziehende Wasser sie ins Meer mitriß. Die Strecke der pazifischen Bahn in der Nähe von Coquimbo, die dicht am Meeresstrand läuft, ist vollkommen von der Erdoberfläche verschwunden und ein Teil der Strecke von etwa anderthalb Kilometern wird ganz neu gebaut werden müssen. Die chilenische Regierung hat sofort eine ausgedehnte Rettungsaktion in die Wege geleitet. Aus der Hauptstadt sind Sonderzüge mit Ärzten, Sanitätsmitteln und Nahrungsmitteln nach der Stätte des Unglücks abgegangen. — Auch in Valparaiso hat ein stärkerer Erdstoß die Bevölkerung erschreckt, aber in der Stadt keinen größeren Schaden anrichtet; aus Tacopilla in Nordchile wird ähnliches gemeldet. Nähere Nachrichten fehlen aus dem Zentrum Coquimbo la Serena. Es handelt sich um ein tektonisches Beben, das in östlicher Richtung aus dem Stillen Ozean anscheinend die Küste nördlich Coquimbo la Serena getroffen hat. Die Nachrichten über Zerstörungen in Santiago sind unrichtig.

# Neue Bücher.

(Sämtliche hier besprochenen und aufgeführten Bücher sind durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu beziehen.)

**Neuerjahrsungen von Quelle & Meyer, Leipzig.** Zur kommenden Weihnachtszeit wartet der bekannte Verlag mit einer Reihe guter und lehrreicher Bücher in geschmackvoller Aufmachung auf. Da die Geschenke in unserer armen Zeit bei den meisten doch schon spärlich ausfallen werden, ist ein gutes Buch immer noch das Beste. Da können wir mit gutem Gewissen die Werke des Oldenburger Tischlermeisters August Hinrichs empfehlen, der tiefinnig in das Treiben der Menschheit schaut und ihr Tun mit Hilfe vorzüglicher Darstellungsweise recht und treu schildert. Neu aufgelegt ist sein vorzüglichster Roman **Das Licht der Heimat**, 11.—15. Tausend, 404 Seiten. In Halbleinwand 320 Mk. freibleibend. Er erzählt von der Qual und dem Segen der Arbeit, von den Mühen des Tagelöhners, von dem Glühen des Feuers in der Schmiede, von dem einformigen Gesang der Maschinen. Hinrichs schildert wie Vöns, Frenssen und Jock unsere niederdeutsche Heimat mit ihrer milden Heide und dem düsteren Moore, mit dem starken zielbewußten und doch innig heiteren Menschen. — Von dem gleichen Verfasser ist erschienen: **Das Netz in der Heide**, 147 Seiten. (Novellenbibliothek. Preis in Halbleinwand 400 Mk. freibleibend. Der ganze Zauber unserer nordischen Heide quillt auf — Naturbilderungen von wunderbarem Duft und zarter Innigkeit ranken sich hindurch und zwischen ihnen wachsen Menschen von köstlicher Frische empor. Das ganze Buch ist in Sonne getaucht.

**„Das Erbrecht“** hat der frühere Staatsminister Fritz Henckes in einem soeben im Verlage von J. H. W. Dieck Nachf., Berlin, G.M. 68, erschienenen Schriftchen für jedermann verständlich behandelt und an der Hand von vielen Erbfälle-Beispielen zahlreich erläutert. In einem Anhang wird die Besteuerung des Erbfalls nach den neuesten Vorschriften (Gesetz vom 20. 7. 22) behandelt. Der Ladenpreis des Büchleins beträgt zurzeit 48 Mk. Seine Anschaffung ist für jedermann nützlich.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber, für Freistaat Lübeck und Genelleton Hermann Bauer, für Inlerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

## Amtlicher Teil.

**Bekanntmachung der Bürgerchaft**  
am Montag, dem 20. November, abends 6 Uhr,  
Gustav Ehlers,  
Vorführer der Bürgerchaft.

**Erhöhung von Fahrgeldern.**  
Das Fahrgeld der Jahre nach der Walfahrtinsel der Fernfahrt, der Gahndelkahn, der Jahre im Umkleehaube und bei Besatzung wird um 100 vom Hundert, das der Jahre im Ringhafen um 200 vom Hundert erhöht.  
Lübeck, den 14. November 1922. (9575)  
Das Polizeiamt.

Am 15. November 1922, mittags 12 Uhr, wird der Kapitän Schüss vom Dampfer „Kohberg“ über seine Reise von Königsberg nach Hamburg im Gerichtsbezirk, Zimmer Nr. 9, Bernehmung ablegen.  
Lübeck, den 14. November 1922. (9575)  
Das Amtsgericht, Abt. II.

Am 15. November 1922, vormittags 11 1/2 Uhr, wird der Kapitän Jürgens vom Dampfer „Henry Wilhelm“ wegen seiner Reise von Rostock nach Lübeck im Gerichtsbezirk, Zimmer 9, Bernehmung ablegen.  
Lübeck, 14. November 1922.  
Das Amtsgericht, Abt. II.

## Bekanntmachung.

Die Kaufleute:  
Carl Ludwig Daniel Bode } Schlutup  
Denz Hermann Jürgen Bode }  
Wilhelm Friedrich Faust }  
Albert Heinrich Carl Folkers } hier  
Karl Heinrich Konrad }  
Gerhard Paul Emil Schramm }  
sind in die Lübeckische Kaufmannschaft als Mitglieder aufgenommen worden.  
Lübeck, den 14. November 1922.  
Die Handelskammer.

## Nichtamtlicher Teil.

Dienstag nachmittags 4 Uhr entfällt nach längerem Zeitein unsere Liebe Tochter und Schwester  
**Elisabeth**  
im 20. Lebensjahre. Dies zeigen nicht betrauert an (9577)  
**Maria Kleinfield**  
u. Frau geb. Reich, und Angehörige, Trauerfeier am Donnerstag 2 Uhr Kapelle des Bors. Friedhofes.

Für die vielen Geschenke und Aufmerksamkeiten anlässlich ihrer Silbernen Hochzeit sagen herzlichsten Dank (9579)  
**Karl Roth und Frau**  
Engelstraße 47.

Jung Brautpaar sagt zu 107. od. 108. leer. Zimm. Ang. u. A. 545 a. d. G. (9586)

Arbeiter u. l. Gef. Ang. n. A. 544 a. d. G. (9576)

Gabig, Ben.-Erich. d. H. (9578) Engelstraße 72 III.

Schwarz, Stoff f. Gehr. od. Kostüm z. verk. (9588) Ziegelstr. 5 a/15.

Bursten, m. gr. Baby wie neu, geg. 3,50 in Stoff z. Kaufmannsdienstl. z. verk. (9582) Johannisstr. 23 III.

Stoff f. n. Gelente, sowie ein Paar Damenjacke, Gr. 46, Bluse zu verk. (9570) Augustenstr. 101.

**Futterkartoffeln,** gute Woltmann, per Zentner Mk. 600.—, morgen ab Wagon unterhalb Fleischerhauerstr.  
**Henry Helm,** (9589) Fleischerhauerstr. 44.

Wet fertigt Anzug? Ang. billig (9587) A. 545 a. d. Gp. (9587)

**Dr. Henry Wodrig** wiederhergestellt. (9586)

## Siedlung und Kleingarten

Vierseitige Zeitung in Kupferdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung, Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksbotenleser monatlich nur 750 Pfennig. Auch im Einzelverkauf im „Lübecker Volksboten“

**Flaschen** Rheintwein, Mosel, Rotwein, Sekt, Korn- und Flaschen aller Art faust billig ernd; überbiete jede Konkurrenz. (9588) F. Kröger, Alstr. 3. Fernruf 1794

## Verzinner,

der auf Grund praktischer Erfahrung in der Lage ist, eine erstklassige Hochalanzverzinnung herauszubringen, die Blechbearbeitungsbranche in ihren Einzelheiten kennt und sich als Stütze des Chefs zur Verbesserung eines mittleren Betriebes in der Eigenschaft als

## Wertmeister

eignet bei guter Bezahlung in dauernde ansichtsreiche Position zu möglichst sofortigen Eintritt gesucht. (9584) Offerten unter S. A. 4117 an Rudolf Mosse, Stuttgart.